

Wöchentlich 10 Pfennig monatlich 3.- Reichsmark voraus schickbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Belgien, Saar- und Rheinland, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Luxemburg, 4.00 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der „Mittwochsonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Bücherwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kontraktstelle 20 Pfennig. Kleinanzeigen 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends 20 Pfennig (außer bei Sonderdruck). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Die erste Seite des ersten Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt 20 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten 20 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptredaktionsbüro, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 19. März 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsbüro: Berlin 37 134 - Kontokonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 61; Disconto-Gesellschaft, Poplitzstraße 1.

Bürgerblock in Not.

Interfraktionelle Verhandlungen — aber keine Einigung.

Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien über die strittigen Fragen der inneren Politik sind in den letzten Tagen keinen Schritt weitergekommen. Nach wie vor sind die Gegensätze zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum besonders in der Arbeitszeitfrage nicht überbrückt. Sie scheinen nach einer Welsung der „Täglichen Rundschau“ sogar noch gewachsen zu sein. Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes haben nämlich den Tarifvertrag, der die siebenstündige Arbeitszeit durch die achtfachstündige ersetzt hat, zum 31. März gekündigt. Hier kämpfen in gleicher Front christliche und freie Gewerkschaften. Wohl mit Rücksicht darauf hat der Zentrumsvorstand im interfraktionellen Ausschuss die gesetzliche Festlegung der siebenstündigen Arbeitszeit im Bergbau verlangt. Außerdem forderte er die Beseitigung der im Gesetzentwurf vorgesehenen Möglichkeit von Ueberstunden im Bergbau. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärten, daß ihnen diese Forderung vollständig neu sei und von ihnen nicht erörtert werden könne. Die Verhandlungen wurden daraufhin vertagt.

Dieser Widerstand der Deutschen Volkspartei stützt sich zweifellos auch auf die Stimmung der Zentrumsindustriellen. Auf der Tagung der Handels- und Industriebeiräte der Zentrumspartei am 16. März ist z. B. entsprechend der Auffassung der Deutschen Volkspartei der Entwurf des Notgesetzes, der auch den christlichen Gewerkschaften nicht weit genug geht, als zu weitgehend bezeichnet worden. Außerdem warnte man vor der Ratifikation des Washingtoner Abkommens. Wie unangenehm diese

Auseinandersetzungen dem Zentrum sind, läßt die Stellungnahme der „Kölnischen Volkszeitung“ erkennen. Das Blatt schreibt:

„Vor allen Dingen sollten sich Regierung und Regierungsparteien darüber klar sein, daß der Prüßlein für diese Koalition darin liegt, wie weit sie imstande ist, eine wirklich gute und brauchbare Sozialpolitik zu machen. Dieser Prüßlein besteht nicht nur in sachlicher Beziehung; die Sozialpolitik ist auch in politischer Hinsicht für die Dauer und die Haltbarkeit dieser Koalition ausschlaggebend. Die Parteien sollten sich dessen ganz klar bewußt werden, die Verhandlungen in diesem Geiste führen und sie endlich zum Abschluß bringen. Dabei richtet sich unser Appell vornehmlich an die Wirtschaftskreise, die in der Deutschen Volkspartei vertreten sind. Sie können zeigen, ob sie in der Lage sind, die Zeichen der Zeit zu verstehen.“

Auch in den finanzpolitischen Fragen herrscht noch wirres Durcheinander. Man kann sich nicht darüber ebnigen, wie das Defizit von vielen hundert Millionen, das durch Mehrüberweisungen an Länder und Gemeinden, durch die Entschädigungszahlungen an die süddeutschen Staaten, durch die Mehrausgaben für das Wohnungsgeld der Beamten, für die Steigerung der Invalidenrenten, für die Liquidationsgeschädigten, für die Erwerbslosenfürsorge und für sonstige Mehrbewilligungen gedeckt werden soll. Alles in allem handelt es sich dabei um einen Gesamtbetrag von fast drei Viertel Milliarden.

Im Wetter- und Watterwinkel.

Erinnerungen aus den Kapp-Tagen.

Von Carl Seering.

Im Verlag der „Volkswacht“ in Bielefeld erscheint gegen Ende März ein Erinnerungsbuch von Carl Seering: „1919 bis 1920. Im Wetter- und Watterwinkel.“ Der folgende Aufsatz bildet einen kleinen Ausschnitt aus dem Inhalt des interessanten Buches.

Red. d. „Vorwärts“.

In den frühen Morgenstunden des 13. März wurde mir in Minden die Nachricht von den Ereignissen in Berlin sozusagen zum Frühstück serviert. In den Vortagen hatte ich zwar in Berlin von den dunklen Umtrieben einiger Offiziere erfahren und den Reichswehrminister selbst auf die Unzufriedenheit in der Truppe und auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die aus einer politischen Ausbeutung dieser Mißstimmung für das Reich entstehen könnten. Daß die Wühlereien aber bereits so weit gediehen waren, wie es der Handstreich von Kapp und Lüttich nun verriet, das hatte mich doch überrascht. Auf dem schnellsten Wege versuchte ich nach Münster zu gelangen. In Bielefeld war von den Vorgängen in Berlin nur bekannt, daß die Brigade Ehrhardt eingerückt sei, Kapp und Lüttich in der Reichskanzlei sich mühten, eine neue Regierung zu bilden und daß die verfassungsmäßige Regierung Berlin verlassen hätte. Von den Abwehrmaßnahmen der Regierung war bis mittags in Bielefeld, aber auch bei den behördlichen Stellen in Münster nichts bekannt geworden. Insbesondere war bis dahin nicht bekannt, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand inzwischen den Aufruf zum Generalstreik erlassen hatten. Eine schnell improvisierte erste Besprechung mit den leitenden Stellen der Arbeiterorganisationen Bielefelds ergab vollständige Uebereinstimmung sowohl in der Beurteilung der Lage, als auch in der Einschätzung der zur Abwehr erforderlichen Mittel. Man war ausnahmslos davon überzeugt, daß eine allgemeine Arbeitsruhe allein im Bergbau- und Transportgewerbe genügen würde, um die Herrschaft der Uhrpatozen schon nach ein paar Tagen zu brechen.

Am fünften Nachmittagsstunde kam ich in Münster an. Mein erster Besuch galt dem Militärbefehlshaber, dem ich erklärte, daß ich mein Amt weiterführen würde in der bestmöglichen Boraussetzung, daß innerhalb einer ganz kurzen Zeit die Regierung der Kapp und Lüttich erledigt sei. Einer Regierung, die nicht auf verfassungsmäßige Weise zustande gekommen sei und die ihre Existenz nur einer wildgewordenen Landwehristruppe verdanke, würde ich nicht eine Minute lang meine Dienste zur Verfügung stellen. Der General v. Watter war von dieser Erklärung sichtlich betroffen, weil sie, wie ich nun bald erfahren sollte, sich mit seiner Haltung ganz und gar nicht deckte. Oft genug hatte der General darüber geklagt, daß sich in unruhigen Städten die Polizei durchaus nicht bewährt habe, weil sie in den Augenblicken der Gefahr, statt mutig zu ihrem Elde zu stehen, mit Redensarten, wie „beim Austrag der politischen Kämpfe Neutralität üben zu wollen“, ausgewichen sei. Jetzt war der General v. Watter daran, diese von ihm vorher so oft gemißbilligte Haltung selbst einzunehmen, d. h. die Weiterer zu lassen und nur wie ein „neutraler“ Polizist dafür zu sorgen, daß im Bezirk die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten bleibe. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit im Industrieland war gewiß eine hohe und schöne Aufgabe, aber wenn sie gelingen sollte, dann durfte General v. Watter keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß er seinem Elde getreu, weiter den Befehlen der verfassungsmäßigen Regierung nachkommen werde.

Von diesen Erwägungen ausgehend, habe ich mich bemüht, auf den General einzuwirken, jedoch ohne Erfolg. Ich erkannte sehr bald, daß es ihm darauf ankam, abzuwarten und erst dann mit einer klaren Stellungnahme hervorzutreten, wenn die berühmten 51 Proz. des Erfolges für die eine oder andere Seite gegeben waren.

Schon war bekannt geworden, daß der Kommandeur des Freikorps Schulz in Mülheim a. d. Ruhr am 13. März eine Erklärung erlassen hatte, nach der sich das Freikorps nur für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einsetzen würde, daß das Freikorps aber keiner Partei diene. Das waren Auskünfte, denn eine parteipolitische Betätigung der Truppe hatte kein Recht gemäht. Die Unruhe und Unordnung drohte durch den gegen die verfassungsmäßige Regierung verübten Gewaltakt der Ehrhardt-Truppen zu entstehen, und die Stellungnahme der Regierungstruppen zu diesem Verfassungsbruch kennen zu lernen, daran hatte die Öffentlichkeit ein Interesse. Mit keinem Wort aber war in der Erklärung des Majors Schulz davon die Rede, daß das Freikorps die Absicht habe, der verfassungsmäßigen Regierung Achtung zu verschaffen. Am Sonntag vormittag wehten dagegen auf der Kaserne des Freikorps die schwarzweißroten Fahnen, die Farben eben, die in seiner ersten Proklamation der sogenannten Reichskanzler Kapp als die

Mussolini intrigiert auf dem Balkan.

Südslawien soll eingekreift werden.

Paris, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Außenpolitik verfolgt mit lebhafter Beunruhigung die Entwicklung auf dem Balkan. Man hat keinen Zweifel, daß Italien nach seiner Protektorsklärung über Albanien dieses Land zum Ausgangspunkt seiner imperialistischen Balkanpolitik machen will. Die Sprache der faschistischen Presse und die Umtriebe der Vertreter Mussolinis in Bukarest und Budapest sind deutlich. Die Konfliktgefahr, die seit einigen Wochen am Balkanhorizont erschienen, ist nach dieser Ueberzeugung nur eine Folge der diplomatischen Tüchtigkeit Italiens, das eine offene gestandene Einkreisung Jugoslawiens anstrebt. Man erwartet deshalb mit lebhaftem Interesse die Beschlüsse der einberufenen Außenministerkonferenz der Kleinen Entente.

Der „Ministerpräsident“, des italienischen Statthalter, in Albanien, Ahmed Zogu, hat eine Reihe angeblich ausländischer Nordalbaniener in Skutari hängen und ihre Leichname tagelang zur Schau stellen lassen!

England und Italien auf dem Balkan. — Ein griechisches Dokument.

Aus Belgrad wird uns berichtet:

Die Tätigkeit Chamberlains nach den Unterhaltungen, die er und Churchill mit Mussolini geführt haben, geht Hand in Hand mit einer rührigen faschistischen Aktivität auf dem Balkan.

In Belgrad hat die Veröffentlichung eines amtlichen griechischen Dokuments gewaltiges Aufsehen gemacht. Es handelt sich um ein vom 2. Januar datiertes Telegramm des griechischen Gesandten in London, Kallamanos, an die Athener Regierung als Antwort auf deren Anfrage, welche Haltung sie in der Balkanfrage einnehmen solle. Jebermann weiß, daß Griechenland am Gängelbande der Londoner Regierung hängt. Das Foreign Office liebt es, Ratsschlüsse zu erteilen. Die Vertreter der kleinen Mächte suchen insbesondere gern Sir William G. Tressell auf, den ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office, um zu hören, wie er denkt und was zu tun ist, und er gibt ihnen stets Direktiven. Kallamanos, der seinen Londoner Posten schon seit vier Jahren bekleidet, genießt sein völliges Vertrauen. Die Depeche, die er am 2. Januar nach Athen geschickt hat, ist von schwerwiegender Bedeutung und bringt Klarheit in die Lage auf dem Balkan. Sie lautet:

„Die Antwort des Foreign Office ist folgende:

1. Mit Bulgarien eine Entente, zumindestens ein Freundschaftsvertrag. Presse und öffentliche Meinung sind in dieser Richtung zu beeinflussen. Großbritannien wird in diesem Sinne auf die Bulgaren einwirken.
2. Tärkei. Gute Beziehungen sichern durch Regelung aller noch schwebenden Fragen, die die Beziehungen zwischen den

beiden Ländern trüben könnten, selbst auf Kosten griechischer Interessen.

3. Den Vertrag mit Jugoslawien nicht unterzeichnen. Das wird der Völkerbund unter Berücksichtigung des griechischen Standpunkts und der griechischen Interessen regeln. Letztere werden von Großbritannien vertreten werden.

4. Mit Italien jedes Zerwürfnis vermeiden. Die noch schwebende Frage des Dodekanes wird zugunsten Griechenlands unter dem Einfluß Großbritanniens nach Wiederherstellung des Gleichgewichts am Mittelmeer geregelt werden.

5. Das Desinteressement an dem Vertrage zwischen Italien und Albanien erklären.“

Diese Depeche ist anscheinend zufällig in die Hände der Belgrader Regierung gefallen, die sie in dem offiziellen Organ „Politika“ veröffentlicht hat.

Es liegt klar auf der Hand, daß man Jugoslawien isolieren will im selben Augenblick, da Italien den Vertrag von Tirana mit Albanien abgeschlossen hat, der gegen die Belgrader Regierung gerichtet ist. Man weiß nicht, welches Ziel sich England auf dem Balkan gesetzt hat. Aber es leuchtet ein, daß die Spannung zwischen Italien und Jugoslawien nicht gerade dem Frieden dienlich ist, ebensowenig wie die beschleunigten Kriegsrüstungen Italiens eine Friedensgewähr bieten.

Bisher ist auf die Veröffentlichung der amtlichen griechischen Schriftstücke weder ein offizielles noch offizielles Dokument erfolgt, und die Belgrader Regierung hat seine Echtheit bestätigt.

Italienische Verdächtigungen Jugoslawiens und Frankreichs.

Rom, 18. März. (Ill.) Der Balkansonderberichterstatter des „Giornale d'Italia“ meldet beunruhigende militärische Vorbereitungen Jugoslawiens, nach denen eine allgemeine Mobilisation gegen Albanien vorgenommen wird. An allen Grenzen verstärkte Jugoslawien seine Truppen, insbesondere aber an den albanischen und italienischen Grenzen. Gleichzeitig würden die meisten Brigaden und Divisionskommandeurstellen neu besetzt und eine militärische Organisation der Komitadschi durchgeführt. In aller Eile würden die Eisenbahnlinien und Chausseen Jugoslawiens ergänzt und umgebaut. So sei die wirtschaftlich unbedeutende Eisenbahnlinie Belgrad-Sienita zweispurig ausgebaut und die Militärstraße Belgrad-Kragujevac-Kosovo unter Hinzunahme der Bevölkerung zu den Arbeiten erneuert. In den Arsenalen sei die Arbeiterzahl verdreifacht, im Auslande dränge Jugoslawien auf beschleunigte Lieferung von Kriegsmaterial und Ausrüstungsgegenständen. Alles lasse auf eine unvorhergesehene Mobilisation schließen.

Farben der Deutschen Republik bezeichnet hatte. In einem Nachruf für die in den ersten Wochen des Jahres 1920 gefallenen Mitglieder seines Freikorps hatte gerade tags zuvor der Major Schulz mit dem ihm eigenen Laft gesagt: „Alle haben ihr Leben eingesezt für das Vaterland, obwohl sie wußten, daß bei der Mehrheit des deutschen Volkes kein Dank mehr zu ernten ist!“

Daß der General v. Watter die Absicht hatte, die von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetze und Verfassungsbefimmungen, die der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete zugute kamen, zunächst zu schützen, habe ich nie bezweifelt. Dabei wäre er in der Form — um nicht zu sagen: im Schein — sogar noch weiter gegangen, als ich das für erforderlich hielt. Schon am Nachmittag des 12. März hatte er eine Verordnung erlassen, in der er zur Mitarbeit der sich aus der neu geschaffenen Lage (!) ergebenden Fragen von den Arbeitervertretungen von Westfalen und Rheinland je drei, von Hannover zwei, von Oldenburg, Braunschweig und Bremen je einen Vertreter zur Bildung eines Arbeiterrats mit dem Sitz in Münster berief. Ich wurde gebeten, ihm geeignete Vertreter namhaft zu machen. Ich habe dem General geantwortet, daß die Bildung eines derartigen Arbeiterrates im Augenblick keinen Sinn habe, da die wertvollsten Kräfte der Arbeiterorganisationen sicherlich so lange eine Mitwirkung ablehnen würden, bis das Wehrkreiskommando eine klare Stellung zugunsten der alten Regierung eingenommen habe. Von einer Weiterverfolgung seines Planes hat der General daraufhin Abstand genommen.

In der Berufung von Arbeitervertretern konnte sich der General v. Watter übrigens auch auf den Reichskanzler Rapp selbst stützen. Schon am Nachmittag des 13. März, ehe ich Münster wieder erreicht hatte, richtete Rapp an den General folgendes Telegramm:

„Bitte Eröerung, wenn entbehrlich, sofort zu wichtigster Besprechung mit mir herzukommen.“

Später habe ich erfahren, daß mir die Rolle des Reichswirtschaftsministers im neuen Kabinett zugedacht war. Da ich mich in Münster jedoch für unentbehrlich hielt und sogar der General v. Watter der Meinung war, daß ich dringend benötigt würde, mußte ich leider darauf verzichten, der „wichtigsten Besprechung“ mit dem neuen „Reichskanzler“ beizuwohnen.

Die erste Willensregung der neuen Regierung für meine Amisstelle erfuhr ich am Morgen des 14. März beim Empfang des folgenden Telegramms:

„Auf Befehl des Reichswirtschaftsministers von Lüttich: Reichskanzler erjudt im ganzen Deutschen Reich diejenigen Zeitungen und Zeitschriften, die über die neue Regierung unwahre Gerüchte in Umlauf setzen, bis auf weiteres zu verbieten, den gesamten Redaktionsstab in Schutzhaft zu nehmen und, falls notwendig, auch das Wiedererschienen der Blätter unendlich zu machen. Der Befehl ist unverzüglich allen Dienststellen bekanntzugeben.“

Vor Tisch las man's anders! Tags zuvor hatte die neue Regierung erklärt:

„Wir sind stark genug, unsere Regierung nicht mit Verhaftungen und Gewaltmaßnahmen zu beginnen.“

Das an mich gerichtete Telegramm aber ließ die Absicht erkennen, mindestens alles das mit Gewaltmaßnahmen niederzuhalten, was sich auch nur die leiseste Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der neuen Regierung erlaubte. Im Befehlsbereich des VI. Wehrkreiskommandos blieb dieses Telegramm selbstverständlich nur ein festes Papier.

Die stauische Festschicklichkeit will durch hingehaltene Linsen das deutsche Knechtel bei der Landtagswahl majorisieren. Man zwingt die Gemeinden, diese Nichtwahlberechtigten in die Listen einzutragen. Proteste in der Presse werden unterdrückt, Protestzirkulare beschlagnahmt. Im eigentlichen Litauen sind wieder eine Anzahl Sozialdemokraten und Volkssozialisten verhaftet worden.

„Keine menschliche Zeit.“

Von Hermann Schüklinger.

Als der höchst menschliche Verhandlungsleiter des Berliner Genemordprozesses angesichts der bestialischen Niedermetzelung des Feldwebels Wilms durch seine eigenen Kameraden einem der mutmaßlichen Meißergesellen die Worte ins Gesicht rief: „Spürten Sie denn dabei gar keine Spur von Menschlichkeit?“ glaubte einer der Verteidiger den Vorwurf des Vorsitzenden mit den Worten parieren zu müssen:

„Das Jahr 1923 war keine menschliche Zeit!“

Der Satz kumelte wie ein gepenstlicher Fehen durch das Gerichtsgebäude und schloß einige Augenblicke den Angeklagten, den Zeugen und dem Richterstolzum den Mund.

Man sah sich an, in dieser kurzen Pause eines grauenvollen Mordprozesses, erschrocken und schweigend.

Jedem Jahr der jüngsten Vergangenheit wird von irgendwem beim Namen genannt und durch die Worte klassifiziert: „Es war keine menschliche Zeit!“ Der Anwalt wollte damit natürlich nur seinen Klienten, der ohne einen Finger zu rühren, seinen Feldwebel in den Tod taumeln ließ, entlasten; er dachte nicht daran, eine geistreiche Sentenz oder eine große Weisheit von sich zu geben. Vielleicht biß er sich auf die Lippen, als der Satz gegen seinen Willen im Gerichtssaal explodierte und plötzlich eine pahnende Deere schuf.

Und doch hat dieser robuste Anwalt mit dem Monatel über der fleischigen Wade mit dem Scheinwerfer seiner Intelligenz ins Zentrum der „völligsten Feme“ geleuchtet: Ihr Geburtsjahr ist „keine menschliche Zeit“ gewesen!

Gewiß, das Jahr 1923 hat ehliche Vorgänger gehabt; die haben viel, viel mehr Menschen getötet und Blut getrunken!

Gewiß, auch wir haben damals Menschen en gros und en detail erschlagen! Jeder, der damals nach Ablauf der „Feuerwalze“ über die „Ausfallstufen“ unserer Gräber ins „Niemandland“ zwischen den Fronten rannte, vom Befehl vorwärts gestossen und von der — Pflanz, weiß, daß wir nicht aus Mordlust das Druckstück unserer Maschinenpewehre lösten, sondern aus Angst um das eigene Leben, mitten im Kampf der beidwundenen Schlacht!

Diese Gefellen aber mordeten, mitten im tiefsten Frieden, förmlich zwischen „Fisch und Braten“, als Abschluß eines Langvergnügens und eines „Kampagne-Abends“ in der „Neuen Welt“! Sie laufen mit dem todgeweihten Kameraden, daß ihnen die Augen tropfen, sie tauchen dieselben Zigaretten und tauchen dasselbe Rädel — und tragen beim „Schwaf“ bereits den Strick um den Hals, mit dem man den fideles Freund in derselben Nacht noch bindet und in die Hovel schmeißt! Während sie sich noch gemeinsam am Schmap und am Duft der Weiber berauschten, steht schon grinsend das „Mord-Auto“ im Hof!

Und dann geht es in die Nacht hinaus — zum „Endspurt“, zur „Erfahrung“.

Es lebe die Einheitsfront!

Die Berklüstung der KPD.

Die kommunistische Zentrale predigt die Parole der Einheitsfront aller Arbeitenden. Wohltun beginnt zu Hause. Es wird den Kommunisten viel Schweiß kosten, zunächst die Einheitsfront in der eigenen Partei herzustellen. Die KPD zerfällt nach den Mitteilungen der linken kommunistischen Opposition in zehn Gruppen, die sämtlich fraktionell zusammengefaßt sind. Es sind die folgenden Gruppen:

1. Die offene Brandier-Fraktion (Böttcher, Walcher, Stewert, Kosi Woffstein, Rosenberg um.);
2. Die Ernst Meyer-Fraktion;
3. die Parteibeamten (Ewerl, Bieck, Ubrich, Pfeiffer um.);
4. die Thälmann-Fraktion (Thälmann, Dengel, Heinz Neumann, Schneller, Heinrich, Karl Wolf, Neubauer);
5. die Chemnitzer Linke (Berh, Gruppen in Chemnitz, Mittelrhein, Berlin um.);
6. die Weber-Gruppe;
7. die Rötter-Gruppe (Weddinger Linke);
8. die linke Opposition (Arbhaus-Gruppe);
9. die Korsch-Gruppe;
10. die Schwarz-Gruppe.

Zehn geschlossene Fraktionen! Dagegen war noch die fest entschlossene völkische Arbeitergemeinschaft ein Muster vorbildlicher Geschlossenheit. So etwas will der Arbeiterschaft von Einheitsfront erzählt!

Wer führte den „Dolchstoß“?

Amerika.

„Der Sieg war zum Greifen nahe — nur der Dolchstoß von hinten bereitete ihn“, so las man seit Jahren in der „Kreuz-Zeitung“. Desto liberlicher muß man jetzt in einem Aufsatz deselben Blattes über die Tätigkeit des amerikanischen Botschafters Page in London zum Schluß folgende Ceterumils zu finden:

So zeigen auch die Briefe Pages erneut, wie nahe Deutschland dem Endziele war und daß die Ententemächte vor einer Niederlage nur bewahrt geblieben sind durch das Eingreifen Amerikas, für das Page sich mit aller Entschiedenheit vom ersten Tage des Krieges eingesetzt hatte.

Die „Kreuz-Zeitung“ vergißt hinzuzufügen, daß sie im Bunde mit Ludendorff alles getan hat, um dieses Ergebnis herbeizuführen, indem sie nach dem unbeschränkten U. S. - Krieg schrie, vor dem die Sozialdemokratie aufs entschiedenste warnie.

Die Regierungsbildung im Schnecken tempo.

Die Verhandlungen in Thüringen. — Sozialdemokratische Abgabe.

Weimar, 18. März. (Eigener Drohbericht.) In der am Freitag nachmittag stattgefundenen Besprechung zwischen dem völkparteilichen Unterhändler Wigham und dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion stellte der Volksparteiler die Frage, ob die Sozialdemokratie bereit sei, in eine große Koalition einzutreten. Der sozialdemokratische Sprecher erwiderte, daß die SPD. vor einer Antwort auf diese Frage erst die Stellung der bürgerlichen Parteien zum sozialdemokratischen Programm oder des bürgerliche Programm für eine Koalition kennen lernen müsse. Der völkparteiliche Unterhändler blieb aber bei seiner Frage, ohne positive Antwort auf die wiederholte Frage der SPD. nach dem Programm einer großen Koalition zu geben, so daß Abg. Frölich als Vertreter der SPD. erklären mußte, daß die Verhandlungen auf solcher Bahn als gescheitert angesehen werden müßten, wenn nicht die Programmpunkte eine Behandlung erführen. Jedoch wollte er die sozialdemokratische Fraktion über den Stand der Dinge orientieren.

Anstatt nun aber die letzten Erinnerungstüde an die graufige Nacht von sich zu werfen, die letzte Blutspur vom Woffenrock zu tilgen, bringen diese Besten selenruhig die „Sachen“ des erschlagenen Freundes mit heim und jeder dieser Gemütsaktheten trägt quieschvergnügt des Toten „Extrakttopf“! Das „Ding ist redert“; wozu soll die schöne „Extrakttopf“ am Bauch des Toten im Wasser verrotten?

Jawohl, diese ruhmreiche Periode des vaterländischen Landtreuchs war, weiß Gott, keine „menschliche Zeit“!

Staatstheater.

„Ein besserer Herr“ von Hasenclever.

Hasenclever rutscht in drei Szenen eines Lustspiels auf den Gipfel des Amüsaments, dann kann er sich nicht mehr halten und purzelt elend abwärts. Dramen bleibt ein häßliches Unglück liegen. Man denkt, wenn das Stück anfängt, daß es sehr fröhlich sein würde. Die Leute auf der Bühne beßen sich scharmant mit Worten, und Satire und freundlicher Humor luden in die Ohren. Man sagt sich, es war eine tölkische Idee, den Heiratschwinder zum großschmauzigen Helden einer Komödie zu machen. Das Weltbild wird ein wenig verschoben, indem der Schieber alle Frauenbergen und auch die robusten Geschäftskente in die Tasche steckt. Da ist es ein besonderer Witz, wenn der Heiratschwinder mit einer Riesenrealstruktur aufwartet, in der alles Weibliche geordnet zu haben ist, von der Köchin aufwärts bis zur Witwe mit 30000 M. in realen Papieren. Und nun fällt auf diesen fahnen Halunken gerade die Tochter des reichsten Mannes herein, des Industriebonges des Aktienadors, der nur mit Telefon, Luftfahrzeug, 100-PS-Auto und so weiter und so weiter die Welt beglückt. Dieses Zusammenkommen des reichen Mädels mit dem schwindelnden Wiffikus wird famos vorbereitet. Was redet in entzückender Soffigkeit. Es werden viele Häute der Dummheit von den Schädeln und Gefäßhen heruntergeschält. Dann aber, nachdem die Geschäfte eingedelt ist, soll sie sich wieder auflösen in Wohlgefallen, mit Verlobung und Anlaßfest. Da ist Hasenclever aber ungläublich schamlos. Seine Phantastie ist ausgelagert. Er borgt sich direktlich ein Paar Operettenstücke zusammen und man staunt über die Krimelhaftigkeit dessen, was schließlich übrig bleibt. Ueberhaupt, Hasenclever findet Witz, aber der Witz ist ihm noch nicht angewachsen. Er pumpt, wo er findet, beim „Simplissimus“, aber auch beim „Dorfbartier“.

Die Schauspieler waren sehr zufrieden. Ihre Schwanntrollen auspassen zu dürfen. Es wurde wirklich alles vorwärts gepufft im Autotempo, also durchaus modern, aber die Panne zum Schluß war entsetzlich.

Es war auch nicht zu reiten durch die fleckige, überlegene Soffischbeweglichkeit des Fräulein Paudler. Der Up to date-Typ von Bodisch ist etwas Unternehmungslustigeres als der offe ehliche Mädchentyp von Anno Toback, den die Marist und die Birch-Beißer unsterblich machten, doch die Blutsverwandtschaft ist auch bei Hasenclever in diesem Fall noch zu spüren. Jedoch

Der Volksparteiler hielt darauf noch Besprechungen mit den Demokraten ab, deren Presse starke Genugtuung darüber äußert, daß überhaupt Verhandlungen über die große Koalition stattfinden. Da die sozialdemokratische Landtagsfraktion erst am Dienstag zusammentritt, werden weitere Verhandlungen erst an diesem Tage erfolgen können.

Kommunist sein ist in Bayern strafbar!

Die bayerische Justiz gegen die Reichsverfassung.

München, 18. März. (Eigener Drohbericht.) Vor dem Landgericht München, als der Berufungsinstanz, standen am Freitag acht Kommunisten, die als Teilnehmer an einer Parteikonferenz zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt worden waren. Die Berufung sämtlicher Angeklagten wurde verworfen. In der Berufung heißt es, daß die Tatsache der Eigenschaft eines Funktionärs der KPD. genügend Grund zu einer Verurteilung ist, auch wenn sonst keine strafbare Handlung vorliegt.

Damit legt sich das bayerische Gericht selbst in offenkundigen Widerspruch zur Auffassung des Reichsgerichts, das eine solche Verurteilung nur im Zusammenhang mit einer konkreten Straftat kennt. Daß das Verhalten des Münchener Gerichts abendrein verfassungswidrig ist, dürfte höchstens ein Grund mehr für die Fällung dieses Urteils gewesen sein.

Beginn der Aufwertungsdebatte.

Sergt ist betrübt über die Verständnislosigkeit der Sparen.

Im Rechtsauschuß des Reichstages begann am Freitag die lange hinausgeschobene Generaldebatte über die zahlreichen Aufwertungsanträge, zu denen gestern die neue, unzulängliche Regierungsvorlage gekommen ist. Als erster nahm Abg. Dr. Best das Wort, der nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft der Völkischen dem Auschuß zwar nicht mehr als Fraktionsvertreter angehört, aber nach der Geschäftsordnung das Recht hat, persönlich seine Anträge zu vertreten. In einfühliger Rede ging er auf alle Einzelheiten des Aufwertungsrechts ein und zeigte das bittere Unrecht auf, das sich bei Anwendung der Aufwertungsgeetze ergeben hat.

Nach ihm sprach sofort Justizminister Hergt. In längerer Rede bezweifel er, wie ganz anders er heute, da er Kabinettsmitglied ist, den Aufwertungsfragen gegenübersteht, als in der schönsten Weidenblüte seiner Oppositionszeit. Er kündigte zunächst einige färgliche Maßnahmen zugunsten der Kleinrentner an, die sehr weit zurückbleiben hinter dem von den Deutschnationalen vor wenigen Monaten eingebrachten Initiativgesetzentwurf zur Regelung der Rechtsansprüche der Kleinrentner. Das wesentliche der neuen Rechnung ist, daß 25 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt werden sollen zur Verstärkung der Bezüge der verarmten Kleinrentner in den Ländern und Gemeinden.

Weiter sei die Einföhrung des Anleihenbestandes von älteren Personen mit einem Einkommen von weniger als 3000 M. zum Satz von 12% Prop. vorbereitet. Dr. Herat sagte sodann aus einander, daß er ein Anhänger einer „maßvollen Individualaufwertung“ gewesen sei, aber wie seien nicht mehr in der Zeit vor anderthalb Jahren und könnten nicht fortgesetzt an den Gesetzen ändern. Aufschmerzliche behauerte er, daß draußen die Lebensschaffen der Sparen immer wieder ausgewählt würden, die für die realen Werte kein Verständnis hätten, die in den Aufwertungsgeetzen enthalten seien. Man dürfe die Kreditfähigkeit des Reiches im Auslande nicht gefährden und auch nicht den Schein einer übertriebenen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erwecken. Obenanstehen müßte die Unverföhrtheit des Rechtslebens und die Rücksicht auf die gesamte Volkswirtschaft, weil sonst die Lebenshaltung der Gläubiger selbst gefährdet würde. Die Regierungsvorlage beschränke sich darauf, unvorhergesehene Härten zu beseitigen. Er appelliere an den Auschuß, sich gleichfalls Beschränkung aufzuerlegen.

Ramens der hinter der Regierung stehenden Parteien erklärte Abg. Dr. Wunderlich (D. Sp.), daß diese Parteien einzig seien in der Auffassung, daß an den Grundlagen der Aufwertung nicht gerüttelt werden dürfe. Es sei zwar richtig, daß sich in der Praxis noch mehr Härten ergeben hätten, als vorausgesehen war und daß die soziale Fürsorge vielfach nicht ausreiche; aber die Rücksicht auf die Gesamtwirtschaft zwingt die Regierungsparteien, über die in der Vorlage gezogenen Grenzen nicht hinauszugehen.

Paudler spielt das entzückend, man möchte sagen: Käse Dorisch im Hüllgelände. Paul Bildt ist nun ein braver und humoriger Bonosant geworden. Er bewahrt die alte Halunkenrolle davon, daß sie der literarischen Linie entgleitet. Er hebt dort, wo der Charakteristiker Hasenclever frist. Zeit Harlan, Albert Barry und Frau Siffin wippen munter mit den Witzten, aber viel feiner, schauspielerisch merkwürdiger und trotz aller Komit hummer spielte Frau Eise Wagner. Sie legte ihrer Rolle von der heiterslustigen phillistriten und gehelm zügelnden Witzit eine geheimer, sehr geschmeidige Komödiantennatur unter. Sie nuanzierte aus ihrem großen Theaternaturall. Sie übertraf die Rolle und war darum schauspielerisch die interessanteste Figur des Abends.

Für die Förderung unbemittelter Studierender. Der Arbeitsauschuß der „Studienstiftung des deutschen Volkes“ hat auf seiner Tagung in Dresden beschlossen, einen öffentlichen Aufruf zur Unterstützung seiner Arbeit zu erlassen. Der Arbeitsauschuß besteht aus Mitgliedern von Reichs- und Länderbehörden, Vertretern der Hochschulen und der höheren Schulen, der Wirtschaft und der Studentenschaft und verwaltet die Mittel, die der Reichsausschuß der Deutschen Studentenschaft bzw. der ihr angegliederten Studienstiftung zur Förderung des Studiums unbemittelter zur Verfügung gestellt werden. Für dieses Jahr gingen dem Arbeitsauschuß etwa 1000 Gesuche zu, von denen bei strengster Auslese wenigstens in 200 Fällen die Unterstützung durch die Studienstiftung als unbedingt erforderlich bezeichnet wurde; dabei mußten 150 weitere, einer Förderung durchaus würdige Bemerkungen unberücksichtigt bleiben. Andererseits fehlt auch bei schärfster Einschränkung für die Durchführung der nötigen Maßnahmen in diesen Fällen noch ein Betrag von mindestens 300000 Mark. Der Arbeitsauschuß hat daher in einer Entschließung an die Reichsregierung und an die Parteien des Reichstages die dringende Bitte gerichtet, noch bei den bevorstehenden Haushaltsverhandlungen die notwendigen Mittel in den Etat einzustellen, damit die mit Unterstützung des Reichs begonnene Arbeit keine Unterbrechung erföhrt, die das ganze Werk gefährden könnte.

Eine Ueberlokomotive. Die New Yorker Zentral-Eisenbahngesellschaft hat kürzlich neue elektrische Güterzuglokomotiven in den Dienst gestellt. Bei den Probefahrten hat eine dieser Maschinen einen Güterzug von 108 Wagon, der ein Gewicht von über 3000 Tonnen hatte und rund 1600 Meter lang war, mit der normalen Güterzugsgeschwindigkeit gezogen. Unbeliebt erreichen die neuen Lokomotiven eine Geschwindigkeit von 140 Stundenkilometern. Die Maschinen wiegen 170 Tonnen und haben acht Rotoren, die zusammen 5390 Pferdekraft leisten. Sie sollen jetzt für das Gesamt-Eisenbahnnetz der Stadt New York eingeföhrt werden, das mit Dampflokomotiven nicht befahren werden darf.

Beethoven-Ausstellung der Staatsbibliothek. Anlässlich der 100. Weichen hat der Beethoven-Beethoven veranstaltet die Staatsbibliothek in ihrem großen Lesesaal vom 28. März bis zum 8. April eine Beethoven-Ausstellung, die vor allem durch zahlreiche Originalhandschriften Interesse erregen wird. Die Ausstellung ist täglich (auch Sonntags) von 11 bis 2 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Im Renaissance-Theater findet heute, abends 11 Uhr, die letzte Vorstellung der „Häxengefährde“ statt.

Die Sowjetunion abrüstungswillig? Bereitschaft zur Mitarbeit an der Abrüstungsbeschränkung.

Moskau, 18. März. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) „Ismestija“ erklärt anlässlich der Erklärung des englischen Kriegsministers Worthington Mr. Evans über eine eventuelle rege Tätigkeit in der Sowjetunion zur Erforschung der Giftgase: Die Sowjetunion hat mehrfach ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, an der Einschränkung der Rüstungen aktiv teilzunehmen, halte jedoch angesichts der Einberufung der Abrüstungskonferenz in der Schweiz nicht die Möglichkeit, an dieser teilzunehmen.

Die Bereitwilligkeit der Sowjetunion, auf Verminderung der Rüstungen einzugehen, geht klar aus dem auf der Konferenz von Genoa gemachten Vorschlag hervor, die Abrüstungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen, und aus der Einberufung einer Sonderkonferenz im Jahre 1923 in Moskau durch die Sowjetunion, deren Mithingung durch die negative Einstellung der anderen Staaten bedingt wurde. Die Sowjetunion ist bereit, die Herstellung und Anwendung von Giftgasen aufzugeben, aber sind die Westmächte ebenfalls dazu bereit? Die Sowjetunion wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jeden Versuch, die Verantwortung für den Ausbau der Rüstungen auf sie abzuwälzen, aufdecken und unerschütterlich ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer allgemeinen wirklichen Abrüstung oder wenigstens einer Einschränkung der unablässigen Rüstungen zum Ausdruck bringen.

Die Bereitschaft der Sowjetunion, an dem Problem der Abrüstung aktiv mitzuarbeiten, wird am Vorabend der bevorstehenden Abrüstungsvorkonferenz erklärt. Moskau unternimmt damit eine diplomatische Offensive, um die Schuld an einem Scheitern der Abrüstungskonferenz auf die Schultern der anderen abzuwälzen. Offensichtlich fühlt man sich in Moskau nicht mehr wohl in der Position, die man den Genfer Beratungen gegenüber eingenommen hat. Bekanntlich hält man sich von allen Genfer Beratungen fern, angeblich weil das von der Schweiz angebotene „Bedauern“ über die Ermordung Borowikis ungenügend erschien. Angesichts der vermeintlichen oder wirklichen Einkreisungspolitik Englands verspürt die Sowjetunion zunehmend das Bedürfnis, aus der Isolierung herauszukommen. Ihr Wunsch, an den Genfer Abrüstungsbesprechungen — unbeschadet natürlich der „grundlegenden“ Loyalität gegenüber dem Völkerverbund — teilzunehmen, wird nun aber in dem offiziellen russischen Blatt mit solcher Deutlichkeit ausgedrückt, daß es an der Zeit erscheint, daß sich die Deffenlichkeit und dann die Regierungen anderer Länder mit der Frage beschäftigen müssen, ob nicht ein neuer Versuch, zwischen der Schweiz und der Sowjetunion zu vermitteln, gemacht werden sollte. Es liegt im gemeinschaftlichen europäischen Interesse, die Sowjetunion in die internationalen Rüstungsbesprechungen mit hineinzuziehen oder sie als ihr Gegner zu entlarven. Bleiben jedoch die Regierungen der hierzu durch ihre Beziehungen nach beiden Seiten besonders geeigneten Staaten weiterhin untätig, dann setzen sie sich dem Vorwurf aus, es absichtlich unterlassen zu haben, die Sowjetunion in die Abrüstung einzubeziehen. Ihre weitere Untätigkeit gegenüber dem russisch-schweizerischen Prestigekonflikt wäre ein Beweis mehr für ihre heuchlerische Haltung gegenüber der Abrüstung.

In den letzten Tagen sind mehrfach Nachrichten über einen bereits erfolgten deutschen Vermittlungsversuch verbreitet worden, doch werden alle Behauptungen dieser Art von den zuständigen Berliner Stellen dementiert. Dagegen scheint es festzustehen, daß der Schweizer Gesandte in Berlin, Dr. Rüfenacht, mit dem russischen Botschafter Krestiniki Führung genommen hat. Ueber diese ersten Führer hat er persönlich in Bern Bericht erstattet.

Die deutsch-französischen Verhandlungen. Einigung über das Protokoll, aber nicht über das Provisorium.

Wie im heutigen Morgenblatt bereits gemeldet, ist gestern abend in Paris das „Protokoll“ über die Grundlagen des deutsch-französischen endgültigen Handelsvertrages von den Unterhändlern beider Regierungen unterzeichnet worden. Dagegen bewahrheitet sich die Meldung der W. leider nicht, daß man sich gleichzeitig auch über die Ausgestaltung des handelsvertraglichen Provisoriums geeinigt habe. Die Aussichten für eine Verständigung werden aber neuerdings optimistisch beurteilt. Die endgültige Einigung über die Ausgestaltung des Provisoriums — es handelt sich dabei im wesentlichen nur noch um die eine Frage, wie hoch das französische Einfuhrkontingent an Wein bemessen wird — sollte aber im Hinblick darauf gar nicht so schwer sein, daß in binnen kurzem der endgültige Vertrag beiden Parteien das bringt, was sie, im Provisorium, schon jetzt haben wollen. Will man also, durch unnochgleiche Haltung auf beiden Seiten, das Provisorium jetzt scheitern lassen und damit den Hauptzweck aller bisherigen Regelungen und Verhandlungen, die baldige Herbeiführung des endgültigen Vertrages, in Frage stellen?

Diese Verantwortung wird niemand auf sich nehmen wollen. Die Franzosen sollten es sich vor Augen führen, daß der Vorwurf, die Verhandlungen unterbrochen zu haben, in erster Linie sie selbst treffen müßte, wenn sie tatsächlich am 21. März das Provisorium auf den 1. April kündigen (wogu nur sie berechtigt sind, da Deutschland auf ein Abkündigungsrecht verzichtet hat). Schließlich ist es ja eine Frage zweiten Ranges, ob Frankreich größere Mengen an Wein schon jetzt, während der Dauer des Provisoriums (bis Ende Mai) nach Deutschland exportieren und dort einlagern kann, oder erst später, unter der Geltung des endgültigen Vertrages. Die Abkündigungsfrist für französischen Wein bleiben in jedem Fall dieselben. Frankreich wird also warten können, wenn es des Vertrages hat, daß die endgültige Verständigung unmittelbar bevorsteht.

Entsprechend werden die deutschen Unterhändler sich sagen müssen, daß es ziemlich gleichgültig ist, ob die Weineinfuhr schon jetzt oder erst später erfolgt, denn je höhere Vorräte an französischem Wein während des Provisoriums nach Deutschland verbracht werden, um so geringer wird die weitere Einfuhr unter dem endgültigen Handelsvertrag sein können.

Aus der Natur der Dinge heraus ergibt sich ganz von selbst die Notwendigkeit, eine Einigung auf der mittleren Linie zu schaffen. Sedenfalls geht die endgültige vertragliche Einigung, die eine Lösung aller vorläufigen Schwierigkeiten bringt, unbedingt vor, und es wäre ein Unsinn, durch einen Streit um Fragen minderer Wichtigkeit sowohl das Provisorium als auch das Definitivum zu gefährden.

Paris, 18. März. (Eigener Drahtbericht.) Das am Donnerstag unterzeichnete Protokoll zum deutsch-französischen Handelsabkommen ist insofern als ein prinzipieller Fortschritt der Verhandlungen

Der plutokratische Finanzausgleich.

Schutz der Reichen. — Belastung der Armen.

Bereits fünf Tage geht die allgemeine Aussprache über die Neuordnung des Finanzausgleichs im Steuerauschuß des Reichstags. Die Hauptursache für diese lange Dauer der Beratungen ist die Uneinigkeit und die Unsicherheit der Regierungsparteien. Je schwächer ihre sachliche Position ist, um so größer ist ihr Bedürfnis nach Rechtfertigung vor den Angriffen der Opposition. In der Freitagssitzung holte die Sozialdemokratie zu einem großen Angriff gegen die Anträge der Regierungsparteien aus. Genosse Dr. Herx erklärte:

Die bisherige Debatte habe bestätigt, daß nicht nur eine neue Verteilung der Steuererträge auf Reich, Länder und Gemeinden beabsichtigt sei, sondern auch eine Verschiebung der Steuerlasten für die einzelnen Bevölkerungsklassen.

Die Besitzsteuern sollen ermäßigt, die Massensteuern sollen erhöht werden.

Der Druck auf die Länder zur Senkung der Realsteuern solle auf Kosten des Reiches durchgeführt werden. Man wolle die Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer, aber auch aus der Lohnsteuer für diese Zwecke verwenden, obwohl bei steigendem Ertrag der Lohnsteuer eine Ermäßigung bereits vorgesehen sei. Das steuerliche Versprechen, die Zuckersteuer zu ermäßigen, würde sich nach Annahme der Anträge der Regierungsparteien nicht mehr einlösen lassen. Gewisse Kreise spielten nach jetzt mit dem Gedanken einer Erhöhung der Umsatzsteuer. (Dah die Regierung diese Absicht teile, wird jedoch inzwischen in aller Form dementiert. D. Red.) Die Gewerbesteuer sei nichts Ideales, aber sie sei eine der wenigen beweglichen Einnahmequellen der Gemeinden. Nehme man sie ihnen, so zwingen man die Gemeinden, die Einnahmen aus ihren Versorgungsbetrieben zu steigern, oder die sozialen Ausgaben zwangsweise abzubauen. Das sei eine Untergrabung der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung durch diejenigen, die angeblich diese beiden Erfordernisse des Gemeindelebens

steigern wollen. Günstigenfalls könne man bestimmen, daß die Mehreinnahmen nur insoweit zur Senkung der Realsteuern benutzt werden sollen, als sie nicht zur Deckung eines Defizits im Haushalt der Gemeinden gebräucht werden. Ein Reichsrahmengesetz für die Realsteuern, das die Unübersichtlichkeit beseitige, sei notwendig. Abzulehnen sei dagegen die Begrenzung der Höhe der Realsteuern und eine feste Relation zwischen Einkommen- und Realsteuern. Die Regelung der Realsteuern und der Hauszinssteuer durch ein Reichsrahmengesetz dürfe nur mit der endgültigen Regelung des Finanzausgleichs zusammen erfolgen. Die sofortige Neuordnung der Realsteuern und der Hauszinssteuer bei gleichzeitiger Verschiebung der endgültigen Regelung des Finanzausgleichs sei sehr bedenklich. Daher könne die Sozialdemokratie dem zweijährigen Provisorium nicht zustimmen.

Die Erhöhung der Miete

sei von der Reichsregierung damit begründet worden, sie sei zur Ueberwindung der Wohnungsnot erforderlich. Aber weder das Reich noch die Länder haben bisher gesagt, wie die erhöhte Miete verwendet werden solle. Bei dem Kampf zwischen den Wohnungs- und Finanzreforms sei zu befürchten, daß nur wenig für die Förderung des Wohnungsbaus geschehen werde, zumal der Hausbesitz einen Teil der Erhöhung der Miete für sich beanspruche. Die Mieterhöhung werde wohl nur für Steuerzwecke und den Hausbesitz Verwendung finden. Dann aber werde die Wohnungsnot und die Zwangswirtschaft verewigt. Die Angriffe gegen die Opposition wegen der Gefährdung der außenpolitischen Interessen Deutschlands seien abwegig. Wenn eine außenpolitische Schädigung eintrete, so geschehe das nur durch die Gestalt, die die Mehrheit dem Finanzausgleich zu geben versuche. Die Auslegung des § 8 des Gesetzes über die Biersteuererhöhung durch den Staatssekretär Dr. Popitz sei so weitherzig, daß sie der Legalisierung jedes Verfassungsverstoßes gleichkomme.

zwischen den beiden Delegationen anzusehen, als in ihm die Grundlagen für den endgültigen Vertrag auf Grund beiderseitiger Uebereinkommen festgelegt worden sind. Dabei bleiben aber sämtliche Einzelheiten dieses Vertrages, auch die Frage der gegenseitig sich zu machenden Konzessionen und die Regelung einer Unmasse von Einzelpositionen noch ungelöst. Speziell eine Verständigung über die Einfuhr französischer Weine, die bereits bei der Ausarbeitung des Handelsprovisoriums zu längeren Diskussionen Anlaß gaben, ist bisher noch nicht erzielt worden. Die Verhandlungen haben sich in den letzten Tagen auf diese Frage konzentriert, sind aber vorläufig auf einen toten Punkt angelangt.

Die Einnahmen des Reichs.

Bisher 25 Millionen Lohnsteuer erstattet.

Die Einnahmen des Reichs an Zöllen, Steuern und Abgaben betragen im Monat Februar 575 Millionen Mark gegenüber 763 Millionen im Januar. Dieser Rückgang hängt im wesentlichen damit zusammen, daß im Februar außer bei der Vermögenssteuer keine erheblichen Zahlungstermine bestanden. Die veranschlagte Einkommensteuer brachte daher nur 50 Millionen gegenüber 170 Millionen im Januar. Für die Lohnsteuer wird eine Einnahme von 70,7 Millionen ausgemittelt gegenüber 103,6 Millionen im Januar. Diese Zahlen aber sind irreführend. Sie enthalten nämlich nicht den wirklichen Ertrag der Lohnsteuer, sondern nur den Ertrag, der nach Abzug der Rückerstattungen übrigbleibt. Im Januar betrug die Summe der Rückerstattungen 8760 000, im Februar 15 500 000 Mark. Die Lohnsteuer hat also in Wirklichkeit im Januar 112 Millionen und im Februar 85 Millionen erbracht. Auch Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer haben im Monat Februar geringere Erträge erzielt. Ebenso sind die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern zurückgegangen.

Bei sämtlichen Kapitalwertsteuern aber ist eine Steigerung aufzuweisen. Besonders groß war die Einnahme aus der Vermögenssteuer. Sie betrug im Februar, in dem ein außerordentlich wichtiger Zahlungstermin lag, fast 97 Millionen, und erreichte damit ein Gesamtergebnis von 329 Millionen Mark.

Nep und Nepp.

Ein Bestechungsprozeß gegen die Wologo-A-G.

Am 14. März hat im Moskauer Gouvernementsgericht ein großer Bestechungsprozeß gegen Angestellte der Wologo, der Nordkaukasischen Desindustrie, den Vorstand der Nordseebahn und andere Geschäftsteile begonnen. Der Bevollmächtigte des Vorstandes der Wologo, Herr Rawin, wird einer Bestechung der verantwortlichen Direktoren und Angestellten der Großholzabnehmer angeklagt. Es handelt sich um Beträge von ungefähr 150 000 Rubel, die an Bestechungsgeldern bei dem Abschluß von Verträgen ausgegeben wurden. Der Prozeß zeigt die Korruptionsatmosphäre, in der sich die Geschäfte zwischen den Konzessionären und russischen Staatsstrassen sich abwickeln.

Für die deutsche Öffentlichkeit bietet der Prozeß insofern großes Interesse, als bekanntlich Bestrebungen im Gange sind, die Wologo-Konzessionäre mit Reichsmitteln zu unterstützen.

Geschäftsmoral im Stahlhelm.

Enttüllungen eines Gruppenführers.

Aus Ologau wird uns geschrieben: Vor dem Schöffengericht Ologau hatte sich dieser Tage der Ortsgruppenführer des Stahlhelms, Leutnant a. D. Erich Hoffmann, wegen Beleidigung der Kreisleitung des Stahlhelms zu verantworten. Hoffmann hatte in Schreiben an die Kreis- und Gauleitung dem Kreisführer Major a. D. Abramowski und dem Geschäftsführer Roy den Vorwurf gemacht, mit den eingehenden Geldern eine Uderwirtschaft zu treiben, die einem sorgfältigen Verzug der Kameraden gleichkomme. Das Leben der beiden Stahlhelmführer wurde als unmoralisch bezeichnet und geschildert.

Im Verlauf der Vernehmung der angebotenen Zeugen kamen interessante Enttüllungen zutage. So erfuh man, daß der Großgrundbesitz auf Grund seiner monatlichen Geldspenden dem Kreisleiter eine Anwartschaftsschädigung von monatlich 200 M. zukommen ließ. Ein Defizit von 47 000 M. begründete die Gauleitung damit, daß ein Junker dieses Geld zur Gründung des Stahlhelms in Schlesien geborgt und bisher nicht zurückgezahlt habe. Der Großgrundbesitz im Kreise Ologau zahlte,

wie sich erwandfrei ergab, an den Stahlhelm Umlagen entsprechend der Größe seines Grundbesitzes. Schließlich wurde bekannt, daß gegen den Kreisgeschäftsführer Roy eine Untersuchung wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung und Betrug eingeleitet ist. Trotz dieses Ergebnisses der Beweisaufnahme ging das Gericht über den Antrag des Staatsanwalts, der auf 150 M. Geldstrafe lautete, hinaus und erkannte auf eine Zuchthausstrafe von einem Monat Gefängnis zu einer anderen Strafe von zwei Monaten Gefängnis wegen Unterschlagung.

Die Verhandlung ergab im übrigen, daß Kläger und Beklagte gleichbedeutende Erscheinungen sind und zum Stahlhelm passen.

Der Kampf um Nanking.

Die Offensive der Kantoner.

Schanghai, 18. März. (W. B.) Während das Hauptkorps der südkinesischen Armee das Gebiet um Nanking angreift, beunruhigen andere Abteilungen die Truppen Tschangsuangschang in der Gegend des Taihusees, besonders bei Suichau und Sungkiang. Tschangsuangschang wird dadurch gezwungen, bedeutende Kräfte zur Deckung seiner Verbindungslinie zwischen Schanghai und Nanking zu befehlen. Sollten die Verteidiger Nankings den Rückzug antreten, würden diese Deckungstruppen abgeschnitten werden und das ganze Tal des Jangtse fiel in die Hände der Kantoner.

Generalstreik in Schanghai.

Schanghai, 18. März. (Reuter.) Der Allgemeine Arbeiterverband hat den Generalstreik ausgerufen, der morgen beginnen und so lange dauern soll, bis die Kantontuppen in Schanghai eingerückt sind. Der Streik wird als rein politisch bezeichnet.

Von Kapp zu Tschu-Lumpo.

Die Laufbahn des Trebitsch-Lincoln.

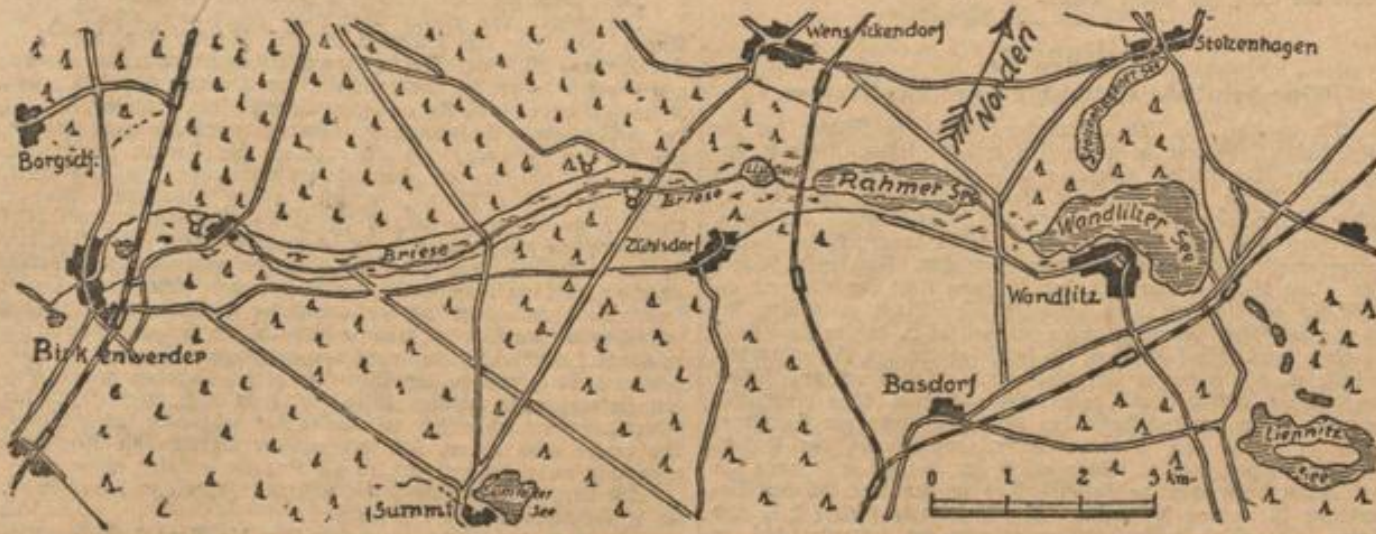
Man weiß ja, daß von den Teilnehmern an dem vollendeten Hochverrat des Kapp-Zufluges nur ein einziger nachher hat drummen müssen — und noch was für einer: der Dr. jur. Traugott von Jagow, der einst Reuzierge warnte und doch so neugierig war, Tilla Durieux näher kennen zu lernen, bis sich der linksradikale „Pan“-Berleger Cassirer als rechtmäßiger Gatte der begehrten Dame meldete, was dem Kgl. Herrn Polizeipräsidenten zwar einen panischen Schreck verursachte, im übrigen aber seiner Stellung nicht sonderlich schadete.

Ein anderer interessanter Kappist — denn sie waren sonst alle so ehrenwert wie uninteressant — war der „Pressechef“ Lincoln-Trebitsch. Ungarischer Rabbinderohn, Journalist, Kriegsspieler, englischer Unterhausmitglied a. D., Kappist, Verächter gegen die Republik auch später noch und weih der Teufel was sonst alles. Dann hörte man einmal, er sei in der Mongolei und in China Missionar, Bandit und hiernach, sozusagen naturgemäß, General gewesen. Und wieder schlugen die Bogen der Bergessenheit, gepfeilt vom Tausend neuer Ereignisse, über ihn zusammen. Doch jetzt steht er wieder in englischen Bilderzeitungen: als buddhistischer Mönch in einem Kloster auf Ceylon, unweit Colombo, also im Zaubergarten der Erde. Da sieht er mit einem schwarzen Köppchen, nicht unähnlich dem, das seine frommjüdischen Väter in Wistotetz oder Isjbereng auf dem ungarischen Globus stets getragen haben mögen und in einem Talar, der in der weißen Farbe der Unschuld leuchtet.

Die alten Ungarn haben in diesem Fall mit ihrem Wahlspruch Unrecht beholten: „Extra hungaria non est vita, si est vita, non est idem“ — außerhalb Ungarns gibt es kein Leben und wenn es eines gibt, ist es nicht daselbe. Nein, auch auf Ceylon ist es ganz schön. Was mag Lincoln-Trebitsch aber dort erstreben? Dalai-Lama in Lasa kann er nicht mehr werden, denn der „lebende Buddha“ wird schon als Kind ausgesucht und in die Zucht der Kardinalen gegeben; aber fast will uns scheinen, dieser Kappist a. D. könnte sich eignen zu dem anderen Haupt des lamaitischen Kirchenstaats, zum — Tschu-Lumpo.

Bis dahin betet der Lama Lincoln-Trebitsch, dem neuen Glauben treu, unausgesetzt: Om mani padme hum — Oh du Kleinod in der Lotusblüte, amen! Dabei mag er die mathematische Proportion ausrechnen zwischen den unbestraften vollendeten Hochverratern, die in ehrenhafter Freiheit mit hoher Pension leben und den angeblichen Hochverratsverführern oder auch nur Hochverratsinnern, die in den Zuchthäusern der deutschen Republik sitzen, dahin geschickt und unausgesetzt noch vermehrt von ihren verfassungseidigen Richtern. Oh ihr Kleinode in der roten Robe — Amen!

Die muntre Briele.



Oben auf dem Barnim, bei dem Dorf Wandlitz, nimmt die Briele ihren Anfang. Der Wandlitzer See ist ihre Wiege, aus ihm entspringt sie gen West. Die schmale Landbrücke zwischen dem Wandlitzer See und dem östlich davon gelegenen Riepitzsee bildet die Wasserscheide der Nordsee und der Ostsee. Die Wasser des Wandlitzer Sees werden durch die Briele zur Havel und in dieser zur Elbe und damit zur Nordsee geführt, während der Riepitzsee zur Ostsee und weiter zur Oder und Ostsee entwässert. Nur etwa zwölf Meter ragt der höchste Punkt der Wasserscheide über die Seespiegel empor. Im Wandlitzer See kommt die kleine Maräne vor, ein in der Markt seltener Fisch. Am Südufer des Wandlitzer Sees liegt das alte Dorf Wandlitz. Die Umgebung ist reich an vorgeschichtlichen Erinnerungen. Das Dorf soll seinen Namen von der altslawischen Göttin Wanda erhalten haben, die hier besonders verehrt wurde. Südlich und östlich des Dorfes ist eine neue Siedlung entstanden. Sonntags verkehren Autobusse von Berlin nach Wandlitz.

Waldkind Briele.

Nach dem Verlassen des Wandlitzer Sees durchfließt die Briele eine sumpfige Niederung und geht in den Rahmer See, der etwas kleiner ist als der Wandlitzer See. Beide Seen sind von einem Röhrichtkranz umgeben, so daß es schwer oder gar unmöglich ist, zum Ufer zu gelangen. Wieder eine sumpfige Niederung, die von der Riepenwalder Bohn durchquert wird, und die Briele kommt zum Lubowsee, der viel kleiner ist als die beiden ersten Seen. In ihm kommt der Zander vor. Der Lubowsee ist von einem weiten Wiesengürtel umgeben, deren Rand vom Wald begrenzt wird. Die drei Seen liegen in einer Niederung, die in früherer Zeit ein einziges Seebecken gebildet hat. Jetzt sind nur noch die tiefsten Stellen dieses Beckens von Wasser erfüllt, eben die drei Seen, während die übrigen Gebiete der Niederung versandet sind und zu Sumpfmoores und Wiesen geworden sind. Südlich vom Lubowsee, durch einen Waldstreifen verdeckt, liegt Zühlsdorf. Hier ist die mächtige alte Linde im Garten der nach ihr benannten Gastwirtschaft lebenswert. Bald nach Verlassen des Lubowsees fließt die Briele an der Zühlsdorfer Mühle vorüber. Jetzt umfließt der Wald unser Fluß. Beim Forsthaus Zühlsdorf und einem früheren Teerofen führt die Riepenwalder Chaussee über das Fließ. Die Briele ist jetzt ein rechtes und echtes Waldkind geworden. Ihr Lauf, der in der offenen Landschaft begann, wird jetzt begleitet von weiten ausgedehnten Wäldern. Erden besäumen das Fließ auf seinem Lauf durch erste dunkle märkische Kiefernwälder. Das Brielefließ gibt uns prächtige Bilder aus der märkischen Landschaft; es ist eins der schönsten Flüsse unserer märkischen Heimat. Und dazu hat es den Vorzug, dicht vor den Toren der Reichshauptstadt zu liegen, so daß es mit wenig Kosten und Mühe zu erreichen ist. Das von der Briele durchflossene Waldgebiet, die stattliche Forst Dramenburg, war früher

das „Hoffagrevier“. Zahlreiche Gattertüre und ein hoher Zaun, der das viele tausend Morgen große Revier einbegreift, sind noch vorhanden. Den Waldrand beim Forsthaus Zühlsdorf besäumen Birken, die mit ihren leuchtenden Stämmen einen farbenreichen Gegensatz zu dem dunklen Grün der Kiefernkrone bilden. Weiterhin fließt die Briele am Forsthaus Wensickendorf vorüber. In stiller Waldesamkeit liegen diese Forsthäuser, fernab vom Getriebe der Welt, aber durch dünne Telephondrähte doch mit ihr verbunden. Auf dem Westufer der Briele, in einiger Entfernung von ihr, zieht sich eine vertorfte Rinne hin, die Senke des ehemaligen Teufelssees. Jetzt ist der See verschwunden, wie so viele andere, die einst als stille Waldseen leuchteten, und eine Sumpfniederung inmitten des Hochwaldes bezeichnet seine Stelle. Der Sage nach soll hier einst die alte Försterei Wensickendorf gestanden haben, die während eines furchterlichen Unwetters in die Tiefe sank; an ihrer Stelle bildete sich der Teufelssee. „Der Teufel fuhr zuweilen in seinem Kahn über das Wasser, um auszuspähen, ob nicht die Seele des ertrunkenen Försters aus der Tiefe aufsteige.“ Bis vor wenigen Jahren stand am Südufer der Senke, am Summitr Weg, eine riesige Eiche, in der eine Kramme gewohnt sein soll, an der der Teufel seinen Kahn fest machte. Die Eiche ist ein Opfer sogenannter „Wanderer“ geworden, die hier ihre Lagerfeuer anzündeten, wobei aus Unachtsamkeit der schöne, alte Baum ein Raub der Flammen wurde. Der Summitter Weg führt über die Steinerne Brücke oder Schlagbrücke über die Briele. Der Name Schlagbrücke erinnert an eine Nordtat, die vor Jahren bei der Brücke an einem Bierknecht verübt wurde. Vielleicht ist aber auch dies nur eine Sage. Erzählung und Sage, die von jeher besonders im Wald ihre Heimstätte haben, umgeben auch unser munteres Waldkind, die Briele. Leis murmelt, sanft plätschernd zieht sie ihre Bahn; sie fließt gemächlich ihrem Ziel zu. Den weichen Linien der Landschaft angepaßt ist ihr Lauf; in reichen Windungen schlängelt sie sich durch den Waldesgrund. Stets wechselnd ist das Bild, das sie uns bietet, aber immer ist es schön. Kurz hinter einer zweiten Brücke liegt auf dem rechten Ufer die Eisenquelle, eine kleiner Brunnen, der dicht neben der Briele dem Erdboden entspringt und nach wenigen Schritten sich mit dem Fließ vereinigt — wenn er Wasser führt; häufig ist die Quelle jedoch versiegt. Ein schmuckloser Steinhaufen ist um den Born aufgeschichtet worden. Weiterhin fließt die Briele durch eine sumpfige Niederung inmitten des Waldes, die ebenfalls in früherer Zeit ein See gewesen ist. Das dritte Forsthaus am Lauf der Briele hat von ihr seinen Namen angenommen, es ist das Forsthaus Briele. Auch die kleine Siedlung, die sich bei dem Forsthaus aufgebaut hat, trägt ihren Namen nach dem Fließ. Die Briele nimmt jetzt ihren Lauf durch ein breiteres Wiesental, der Wald tritt zurück. Von Norden her mündet das Papenluch mit dem Bogenluch in das Brieletal, eine sich über zwei Kilometer gen Nord erstreckende Rinne, die völlig vertorft ist. An der Brücke der Nordbahn hört die muntere Briele auf, ein Waldkind zu sein.

Die Mündung.

Sobald die Briele westlich des Brückenbogens der Nordbahn ist, kommt sie in den Bereich der Ortschaft Birkenwerder. Dieser Name deutet darauf hin, daß die Birke hier sehr häufig ist oder war. Der Name der Briele selbst deutet auch auf diesen Baum, den Pfingstbaum, Rainbaum der deutschen Lande: er ist wendisch und geht in seiner Sprachwurzel auf die Birke zurück. In früheren Zeiten, ehe die jetzige Forstwirtschaft mit ihrer Aufforstung großer Gebiete mit einer Baumart angekommen war, bestanden unsere Wälder aus Mischwäldern der verschiedenen Baumarten. Und so wird in jenen Tagen die Birke besonders häufig im Gebiet der Briele und bei Birkenwerder vorgekommen sein. Birkenwerder wurde ehemals von einem zweiten Arm des Fließes umflossen, so daß es auf einem Werder lag. Drei kleine Seen liegen noch am Lauf der Briele, der Boddensee, der größte unter ihnen, der Rönchsee und der Sandsee. Dann kommt die Briele zur Untermühle, und wenige hundert Meter weiter endet ihr Lauf, sie mündet in die Havel. Die Entfernung vom Ursprung zur Mündung der Briele mißt 16 Kilometer; der Höhenunterschied zwischen beiden Punkten beträgt etwa 16 Meter.



Im Tal der Briele.

Schöne Wanderungen lassen sich durch das Gebiet der Briele ausführen. Der Vorfrühling ist die geeignetste Zeit dazu. Gemächlich wird Birkenwerder als Ausgangspunkt gewählt. Um jedoch den Lauf des Fließes in seiner ganzen Ausdehnung kennen zu lernen, und dabei zugleich einen sich steigenden Genuß im Betrachten der durchwanderten Landschaft zu gewinnen, ist es ratsam, mit der „Reibbrautbahn“ von Reinickendorf-Rosenthal (bis hierher mit der Vorortbahn vom Steinhilber Bahnhof, Nordbahnstrecke oder mit der Straßenbahn, Linie 5) bis Wandlitz oder Wandlitzsee zu fahren und dann fließabwärts nach Birkenwerder zu wandern.

Strassenneubennung im Bezirk Treptow. Der Polizeipräsident hat der Benennung folgender, im Ortsteil Johannisthal des Bezirks Treptow gelegener Straßen zugestimmt: der Straße 21 mit „Ellernweg“, der Straße 22 mit „Weststraße“.

Die Debatte der proletarischen Theaterkassen treiben sich morgen Sonntag, den 20. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im Strohen Schauspielhaus zum Dienst für die Jugendweih.

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1925 by Paul Zsolnay, Wien.

47]

Anwillkürlich wich ich zurück. Meine Mutter, wahnsinnig vor Angst, stand fertigerade im Bett auf, ihr Haar fiel zerzaust über die Schultern, sie streckte die nackten Arme nach mir aus und fluchte: „Jacques, geh' nicht fort, bleib' hier.“

Ich trat einen Schritt vor, veruchte, meiner Erregung Herr zu werden und schrie ihn an: „Rein, ich geh' nicht fort, du bist zu gemein, du würdest meine Mutter schlagen.“

Er sprang mit geballten Fäusten auf mich los und schlug mir ins Gesicht.

„Laß' ihn“, leuchte die Mutter, „laß' ihn.“

Er wendete sich um und maß sie mit einem verachtungsvollen Blick.

„Aha, du fürchtest, daß ich das Vordchen dieses Schürzenjägers verunzieren könnte, ihr paßt ja sehr gut zueinander, eine ...“

Und er schrie ihr ein schmutziges Wort ins Gesicht, einen gemeinen Ausdruck, den ich zufällig eines Abends auf der Straße bei einem Streit zwischen Dirnen gehört hatte.

Bei dieser Beschimpfung fiel sie schwer auf ihr Bett, ihre Augenlider, die ganz schwarz waren, sanken herab, fast unverkennbar kam über ihre Lippen das Wort: „Schuft“. Und sie blieb wie leblos liegen. Der Vater blickte sie an, sein Mund verzerrte sich in einer wilden Freude, er genoh den Triumph, sein Opfer zur Strecke gebracht zu haben. Wieder legte sich die rote Wolke über meine Augen, wirbelte um mich. Ich blickte umher und suchte nach einem Gegenstand, mit dem ich ihn treffen könnte. Auf dem Tisch lag eine spitze Schere. Ich packte sie und weiß noch, daß ich geflüstert habe: „Ich muß ihn umbringen.“ Dann stürzte ich auf ihn, er machte eine Bewegung, um mich abzuhalten, aber schon hatte ich ihn die Schere ins Herz gestochen.

Der Vater blickte mich mit unbekanntem Grauen an, öffnete den Mund zum Sprechen, ein röstlicher Schaum stoh von seinen Lippen, er schlug mit den Armen in die Luft und stürzte wie eine tote Masse zu Boden; sein Blick hing starz an mir. Ich hatte ihn umgebracht.

Ich beugte mich über ihn, wollte die tödliche Waffe aus

seinem Herzen ziehen, wich aber entsezt zurück. Die Mutter hatte ihr Gesicht in den Händen geborgen. In seinem Bettchen sah Paul regungslos mit weit geöffneten Augen.

Es kam mir zum Bewußtsein, daß ich etwas Schreckliches begangen hätte.

Ich trat zur Mutter, zog ihr die Hände vom Gesicht und zeigte auf den Leichnam.

Sie wandte sich jäh ab.

Da ergriff mich ein plötzlicher Irrsinn, ich wollte sie zwingen, hinzusehen und prehle meine Rippen an ihr Ohr.

„Sieh hin, jetzt bist du gerächt, sieh hin, er wird dich nie mehr beschimpfen, nie mehr schlagen, ich habe dich befreit.“ Ein wahrer Stolz erfüllte mich. Die Mutter stützte sich auf den Ellenbogen, sah mich an und rief: „Mörder, geh' fort.“

In diesem Augenblick stürzte André ins Zimmer. Blitzschnell sah er, was ich getan hatte und faßte mich am Arm: „Zieh' dich rasch an und flüchte nach Frankreich. Ich habe nichts gesehen und sie wird dich nicht verraten.“

Ich hörte seine Stimme nur undeutlich, wie aus weiter Ferne, blickte umher, sah das vor Entsetzen verzerrte Gesicht meiner Mutter, den zitternden Paul, André, der mich aus dem Zimmer drängte.

Mechanisch griff ich mir an die Stirne, sie war eiskalt. Meine Erregung war verschwunden, ich zitterte nicht mehr. Nun war es mir zum Bewußtsein gekommen. Ich trat zur Mutter, fiel demütig neben ihrem Bett auf die Knie, vor dem Leichnam des Vaters.

„Mama, küsse mich zum leztenmal“, bat ich mich sehender Stimme.

Sie barg ihr Gesicht unter den Decken und stieß mich mit der Hand fort.

Da stand ich auf, warf einen Blick auf ihn, ein schwacher Blutstrom stoh auf seine haarige Brust. Ich lehrte mich ab und reichte André die Hand, die er heftig drückte.

Dann begab ich mich in mein Zimmer, kleidete mich an und ging ohne zu zögern zum nächsten Polizeikommissariat.

„Ich habe meinen Vater ermordet und stelle mich selbst.“

Nachwort.

So schlossen die Aufzeichnungen des Angeklagten. Nachdem ich sie vom Anfang bis zum Ende durchgesehen hatte, stand ich auf und begab mich in das Arbeitszimmer meines alten Freundes, des Rechtsanwalts Dr. Sernal.

Er streckte mir die Hand entgegen.

„Ich sehe Ihnen an, daß Sie die ganze Nacht wach geblieben sind, um das Tagebuch durchzulesen, das ich Ihnen gestern abend übergeben habe. Wie denken Sie darüber?“

„Die schönste Verteidigungsrede ist Ihnen ja da siz und fertig auf den Tisch gelegt worden.“

„Nicht wahr? Aber was sagen Sie dazu, daß der junge Mensch mich angefleht hat, diese Aufzeichnungen nicht zu verwenden; er will nicht, daß der Name seiner Mutter auch nur mit einem Verdacht gestreift werde.“

„Warum hat er denn alles das niedergeschrieben?“

„Wahrscheinlich, um sich in meinen Augen und vor allem vor sich selbst zu rechtfertigen.“

„Und die Mutter?“

„Die Mutter?“ Er hob die Hand mit einer ausdrucksvollen Bewegung. „Sie hat sich geweigert, ihn zu sehen.“

„Haben Sie vielleicht zufällig den Vater gefannt?“

„Sehr gut; wir haben zu gleicher Zeit die Universität besucht, er ist ja auch Jurist gewesen. Der reizendste, geselligste Mensch, den Sie sich vorstellen können, aber ein- oder zweimal hatte ich Gelegenheit zu beobachten, wie er sich bei nichtigen Anlässen benahm. Da hat sich der ganze Mensch offenbart, schon damals ist er so gewesen, wie ihn sein Sohn schildert.“

„Wann ist die Verhandlung?“

„Morgen um zehn Uhr; wenn Sie wollen, können Sie mit mir hingehen.“

Ich nahm seine Einladung an und den nächsten Vormittag um zehn Uhr wurde ich in den großen Schwurgerichtsaal eingelassen.

Der Angeklagte sah schon auf seiner Bank, zwischen zwei Wachleuten. Ein hochaufgeschossener junger Mensch, den ich wenigstens für fünfundsanzig Jahre gehalten hätte. Er war so blaß, daß seine Haut ganz durchsichtig schien. Zuerst fielen mir zwei große blaue Augen auf, die unter langen braunen Wimpern halb verborgen lagen, Haar und Schnurrbart waren auch braun. Die Stirn war nicht sehr hoch, verriet aber gute Geistesgaben; eine gebogene Nase, ziemlich große Ohren, um den breiten, energischen Mund lag ein Zug von Bitterkeit. Die Wangen waren so tief eingefunten, daß das Gesicht des jungen Mannes noch magerer aussah. Er trug einen blauen Anzug, und seine Krawatte war sorgfältig gebunden.

(Fortsetzung folgt.)

Das Reichsbanner ehrt die Märzgefallenen. Der Nachzug zum Friedrichshain.

Die Berliner Arbeiter haben die Toten aus den Freiheitskämpfen 1848 nicht vergessen! Zu Tausenden umsäumten sie mit ihren Frauen die Zugangsstraßen zum Märzgefallenenfriedhof, als der Zug der Jugend und des Reichsbanners sich formierte. Bis hinein in die Nebenstraßen mußte die Polizei umfangreiche Abferrungen vornehmen, um den Anmarsch der Jüge des Reichsbanners und der Jugend, die Tausende in sich vereinigten, zum Märzgefallenenfriedhof zu ermöglichen.

Der Friedhof war umsäumt mit einem Spalier von Reichsbannerkameraden, und an jedem Grabe stand ein Reichsbannermann mit einer Fackel. Der Kranzschmuck auf dem Friedhof hatte sich in den Nachmittagsstunden um Hunderte von Kranzpenden vermehrt. Fast jede Grabstelle trägt Blumenschmuck. Überall findet man Kranzpenden der Gewerkschaften und Parteien. Um 7 Uhr marschierte die Jugend in endlos langem Zuge mit Hunderten von wehenden roten Fahnen am Friedhof der Märzgefallenen vorbei. Unterwegs wurde der Zug der Jugend von den die Wege umsäumenden Arbeitern herzlich begrüßt. Genosse Ludwig Diederich richtete am Friedhofsort anseuernde Worte an die Jugend. Eine Deputation legte dann an den Gräbern einen Kranz nieder. Dann ertönte Trommelwirbel. Die Jüge des Reichsbanners rückten an. Der Weg durch den Friedrichshain zum Friedhof war eingefasst von Fackelträgern des Reichsbanners. Durch das flammende Spalier marschierten die Kreisvereine unter den Klängen eines Trauermarsches mit gefalteten Fahnen an den Gräbern der Märzgefallenen vorbei. Es war der Vorbeimarsch der jungen Freiheitsarmee an den Opfern der Freiheitskämpfe von 1848. Es war eine Ehrung der Opfer von 1848 und zugleich eine Mahnung, nicht zu erschaffen im Kampf für die Ausgestaltung und Festigung der Republik.

Das Abendgymnasium.

Eine begrüßenswerte Einrichtung.

Junger mehr wird bedauerlicherweise fast jede Berufsausübung an Berechtigungen geknüpft. Seit einigen Jahren war es Männern und Frauen mit Volksschulbildung möglich, in mehrjährigen Kursen, die Genosse Karzin in Berlin leitete, bis zur Reifeprüfung vorgebildet zu werden. Der Unterricht fand an Vormittagen statt. Zur Beschaffung eines Existenzminimums wies man den Besuchern der Kurse eine Halbtagsbeschäftigung zu.

Jetzt wird in Berlin ein Abendgymnasium geplant. Der Leiter, Professor Dr. Peter Silbermann, hat seine Anregungen aus den Vereinigten Staaten empfangen, wo er sich längere Zeit zum Studium des höheren Unterrichtswesens aufhielt. Bisher ist das Berliner Abendgymnasium als Privatschule gedacht. Es soll jedoch in enger Verbindung mit den Behörden stehen. In den Vorstand des zu seiner Förderung gegründeten gemeinnützigen Vereins tritt jagungsgemäß sowohl die Stadt Berlin als auch das preussische Unterrichtsministerium und das Provinzialschulinspektorat. Stadtschulrat Rydahl hat die Räume des Luisenstädtischen Gymnasiums, Berlin R 24, Ziegelstr. 12, dafür in Aussicht genommen. Der Unterricht wird voraussichtlich 10 Mk. für das Semester betragen. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände haben sich zum Teil bereit erklärt, die neue Bildungsstätte zu fördern. Der Lehrplan des neuen Berliner Abendgymnasiums wird wahrscheinlich der der Aufbauschule im Sinne der Deutschen Oberschule und knüpft so unmittelbar an die Volksschule an. Die Schule beginnt mit der Obertertia und führt so in 5 Jahren zur Reifeprüfung. Im Herbst sollen zwei Obertertia und zwei Obersekunda eröffnet werden. Es besteht die Möglichkeit, je nach der Reife auch in eine der oberen Klassen einzutreten. Wir dürfen hoffen, daß die Feststellung der Reife nicht von der Beibringung von Zeugnissen abhängig gemacht wird. Die Lehrer sind Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Biologie, Physik, Chemie, Englisch als erste Fremdsprache, die in Obertertia beginnt und Latein oder Französisch von Untersekunda ab. Der Unterricht wird in den Abendstunden von 7—10 Uhr erteilt. Es ist erfreulich, daß jedes Schema vermieden werden soll. So werden die Schüler nicht Klassenweise unterrichtet, sondern rücken nach Fächern auf. Vielleicht wird es auch möglich sein, den einen oder anderen in einem Fach überhaupt zu dispensieren, der dann in der freien Zeit selbstständig arbeiten kann. Auch muß es diesen erwachsenen Schülern gestattet sein, sich auf bestimmte Gebiete stärker zu konzentrieren, wodurch allein bei der Fülle der Fächer eine wissenschaftliche Vorbildung ermöglicht wird. Vielleicht wird sich herausstellen, daß bei weitem nicht alle Schüler, die nur Volksschulbildung haben, fünf Jahre zur Vorbildung brauchen, besonders da die Anzahl der Wochenstunden kaum geringer ist als in der höheren Schule, wenn man die technischen und Religionsstunden abrechnet. Glücklich ist auch der Gedanke, daß die 12 Wochen Ferien etwa so verteilt werden, daß immer nach einem Kurus von 8 Wochen eine Ferienwoche tritt, in der die Schüler sich in die geistige Arbeit vertiefen können. Der hier zugrundeliegende Gedanke sollte weiter ausgebaut werden: Die Schüler des Abendgymnasiums müssen in geistiger Ruhe zu ihrem eigenen Wesen finden, aus diesem gestalten und dadurch immer neue Kraft zur Arbeit schöpfen. Das Wochenende sollte ihnen deshalb Gelegenheit geben, in der Natur die Einheit von Körper und Geist zu spüren. Denn gerade die Besucher des Abendgymnasiums, die tagsüber ihrer Erwerbsarbeit nachgehen, dann noch 3 Stunden während vieler Jahre geistig zu arbeiten, müssen sich selbst finden, um nicht zu verkümmern. Sie müssen sich zu biologisch gesunden Menschen entwickeln und nicht zu einem psychischen Urdeliktentypus, wenn sie für das Proletariat wegweisend werden sollen. Dieses Ziel wird aber die neue Schule nur erreichen können, wenn sie geeignete Lehrkräfte gewinnt.

Zunächst haben nur vorbereitende Besprechungen stattgefunden. Erst dann, wenn die Finanzierung für Jahre gesichert ist, wird die städtische Verwaltung mitwirken. Die Eröffnung kann frühestens im Herbst erwartet werden.

Die mindertwertige Rassenbrille.

Langen Zeit war die sogenannte „Rassenbrille“ das Schreckgespenst aller Krankenversicherer. Durch die unablässige Arbeit der Rassenforschungsvereine ist es jedoch gelungen, dem Rassenpatienten endlich die hochwertigen Halbmußelgläser zugänglich zu machen. Da die Optiker diese Gläser vielfach nicht zu erschwinglichen Preisen liefern wollten, gingen die Rassen dazu über, die Brillen selbst abzugeben. Darob große Entrüstung bei den Optikern und der optischen Industrie! Was von dem Entrüstungsgeheul zu halten ist, zeigt ein Experiment der Allgemeinen Ortskrankenkasse Nürnberg. Die Kasse ließ auf Rezept eines Augenarztes dieselbe Brille bei 22 verschiedenen Fachoptikern besorgen und sandte die Brillen der Technischen Hochschule in München zur Prüfung ein. Dabei ergab sich, daß von den 22 Brillen insgesamt 13 Brillen, also mehr als die Hälfte, bei weitem nicht der Verordnung entsprachen, dem Patienten also nichts hätten nützen können. Wenn die Kasse im Interesse ihrer Mitglieder die Brillenversorgung selbst in die Hand nimmt, so ist das eine Schädigung mittelständlicher Erwerbsinteressen. Es handelt sich ja auch „nur“ um Rassenpatienten.

Ungewitters letzte Fahrt.

Auf dem Friedhof an der Heerstraße wurde am gestrigen Freitagmorgen bei einem Probestrich in Staaken tödlich verunglückte Chefpilot der Albatros-Werke, Kurt Ungewitter, zur letzten Ruhe geleitet. Groß war die Schar derer, die dem so früh aus dem Leben Gerissenen die letzte Ehre erwiesen; die Friedhofskapelle, in der der von Blumen bedeckte Sarg aufgebahrt wurde, konnte die Zahl der Erschienenen nicht fassen. Die deutsche Luftfahrt war durch Abordnungen der verschiedenen Verbände und

Körperschaften vertreten. Neben vielen Kameraden Ungewitters aus den Reihen der ehemaligen Kriegspiloten, wie der Verkehrs- und Sportpiloten, sah man auch Vertreter des Reichswehrministeriums, des Reichsverkehrsministeriums, der Deutschen Luftfahrt und anderer Behörden und Organisationen. Pastor Knorr hielt die Trauerrede, in der er die wertvollen Eigenschaften des Verunglückten als Mensch, Familienvater und seine Tätigkeit im Dienste der Luftfahrt hervorhob. Während in den Lüften Flugzeuge mit Trauerwimpeln dem toten Piloten zu Ehren ihre Kreise über dem Friedhof zogen, wurde der Sarg zur Gruft geleitet.

Moabit!

Eine peinliche Geschichte ohne Verteidiger.

Ein typischer, ein sehr lehrreicher Fall. Der Richter hat die Akten studiert, sich von ihnen den Fall erzählen lassen. Es gibt nun aber nichts Tragisches, Steifes und deshalb Gefährlicheres als Akten. Was sie beschreiben mit Behauptungen, die wie Keulenschläge wirken, Beweisen, die sich als gefährliche Bomben aufrollen, es vermag sich ihnen gewissermaßen mit Trompetenschlägen aufgedrungenen Einwürfen niemand zu entziehen. Auch milde Richter nicht. Und dieser Richter also, der durchaus nicht den Eindruck erweckt, daß er in der Voruntersuchung gelogen und noch früher unterzogen, betrogen und wer weiß noch was alles verbrochen hat, noch bevor der Angeklagte den Mund aufmacht, um überhaupt etwas zu sagen. Na, aus der Befürchtung heraus, der Unhold könnte das sagen, was er früher gesagt hat, vergißt er beinahe ihn den Mund aufmachen zu lassen! Und in der Tat. Seine Befürchtung ist nur zu begründet. Der Angeklagte streitet kurz und bündig alles ab, bestreitet, daß er gelogen hat, bestreitet, daß er 1400 Mark, einkassierte Gelder, unterschlagen hat, bestreitet, daß er sonst irgend etwas getan, was er nicht hätte tun sollen. Fast bestreitet er, daß er so heißt, wie er heißt. Alles ist doch so einfach. Er ist Mitinhaber der Riesgrube gewesen. „Wie, Mitinhaber sind Sie gewesen?“ lächelt der Richter allwissend und schwingt die Akten, die beweisen, bis aufs i-Tüpfelchen beweisen, daß er Angestellter der Riesgrube war. Ein Vertrag wird vorgelesen, in dem ein Mann einem anderen Manne die Ausbeutung der Riesgrube überträgt. Der Name des Angeklagten steht darunter. Weder als der eine Mann, noch als der andere Mann, sondern als dritter Mann zusammen mit einem vierten Mann. Als Zeugen. Er ist also weder Pächter noch Inhaber der Grube. Sondern nur Zeuge, daß ein anderer Inhaber einem anderen Pächter die Ausbeutung übertragen hat.

Auf dem ursprünglichen Vertrag stand ich nicht als Zeuge. Die Grube gehörte uns allen. Wir bildeten alle eine G. m. b. H. Der erste Mann, der zweite Mann, der vierte Mann und ich.“

„Sie wollen also behaupten, daß der Vertrag gefälscht ist?“

„Ja!“
„Über, oammer, da liegt ein Aktenstück, in dem er selbst bestätigt, daß er nur Angestellter, aber nicht Inhaber der Riesgrube sei. Ferner liegt da ein Aktenstück, das trocken erzählt, daß der Angeklagte in einem Prozeß der Riesgrube gegen einen Kunden beidelt hat, daß er nur Angestellter sei! Welch Dilemma! Hat er heute die Wahrheit gesagt, hat er damals keinen Meineid geleistet. Hat er damals keinen Meineid geleistet, so steht er heute als harnäckiger, unverbesserlicher Lügner da.“

Zwei Zeugen sagen aus. Für den einen, dem Pächter ist er der Schurke, der das Geld unterschlagen, der ihn immer hintergangen und betrogen hat. Der andere, das ist der dritte Mann, der auch auf dem Vertrag stand, läßt durchblicken, daß noch eine Möglichkeit bestünde, daß er kein Schurke ist, obwohl auch er sagt, daß er das Geld unterschlagen hat. Aber er sagt auch, daß sie ursprünglich „eigentlich“ alle Inhaber gewesen seien — aber. Und in diesem „Aber“ liegt das Typische, das Bezeichnende, liegt die Tragödie dieses Falles. Zwei Menschen behaupten, daß sie „eigentlich“ Inhaber der Riesgrube waren. Die Akten behaupten das Gegenteil, fest und überzeugend, daß der Angeklagte bestraft wird. Aber sehr milde bestraft wird, ja in seinem eigenen Interesse bestraft werden muß — wenn er nicht wegen Meineid mit dem Zuchthaus Bekanntschaft machen will.

Es war kein Verteidiger da, der Angeklagte konnte sich nicht ungeschädigt verteidigen, als er es tat, und niemand war so neugierig sich zu erkundigen, was in dem „Aber“ des Zeugen lag, wieso es kam, daß die „eigentlichen“ Inhaber zu Angestellten degradiert wurden, wieso es kam, daß der Angeklagte immer wieder behauptete, daß er Mitinhaber sei, obwohl er sich ja dadurch „eigentlich“ eines Meineides schuldig machte...

Liebe und Revolver.

Mit dem Revolver in der Hand wollte die Hausangestellte Agnes Smuda ihren einstigen Liebhaber „zur Liebe zwingen“. Zum zweiten Male ist sie gegen den Ungetreuen mit der Waffe vorgegangen. Vor etwa 14 Tagen hatte sie sich vor dem Schwurgericht III wegen versuchten Mordes zu verantworten. Sie hatte den Ingenieur Paul Schipke im Ilur seiner Villa in Reinickendorf erwischt und ihn durch einen Bauchschuß verletzt. Das in der Mitte der vierziger Jahre stehende Mädchen hatte den Ingenieur kennengelernt, als er Strohwitmer war. Nach der Rückkehr seiner Ehefrau wollte er die Beziehungen lösen. Sie aber verfolgte den einstigen Liebhaber weiter. In ihrer Wut kam es zu dem blutigen Austritt. Die Angeklagte hatte aber insofern Glück, als das Schwurgericht nicht versuchten Mord, wofür der Staatsanwalt 3 Jahre Zuchthaus gefordert hatte, sondern nur jahrelängige Körperverletzung annahm und sie zu 3 Monaten Gefängnis verurteilte. Rechtsanwältin Dr. Mendel war es gelungen, ihre Haftentlassung durchzusetzen. Außer dem Glück der Smuda in Freiheit, als sie sich einen neuen Revolver kaufte und mit der Waffe in der Hand ihrem einstigen Liebhaber entgegentrat. Mit Gewalt wollte sie ihn zwingen, die

Funkwinkel.

Adèle Schreiber beschäftigte sich in ihrem Zirkus „Bahnbrechende Frauen“ nicht nur mit solchen, die bereits allgemein bekannt sind, sondern sie verarbeitete eine ganze Reihe wenig bekannter Namen in lebendige Begriffe. Auch von Emily Hobhouse, der der letzte Vortrag galt, werden bis dahin viele Funkhörer kaum etwas gewußt haben. Die Vortragende schilderte eindringlich das mutige Wirken dieser Engländerin, die von den Burenkriegen bis zu ihrem Tode im Juni 1926 unablässig trotz aller Anfeindungen und Verpötnungen gegen Krieg und Kriegsgrauel kämpfte. — Unter dem Titel „Zusatz oder Gesetz“ gab Regierungsrat Dr. Werner Beiser eine Einführung in die Soziologie. Erkenntnis des Gesetzmäßigen in dem sogenannten „Zusatz“ ist ungeheuer wichtig, weil nur dadurch eine Korrektur dieses „Zusatzes“ möglich ist, Heilung des Übels, nicht von der Oberfläche her, sondern von der Wurzel. Der Abend brachte Berthold Brechts Lustspiel „Mann ist Mann“, das auf der Sendebühne seine Berliner Uraufführung erlebte. Als Sendespiel war es geschickt bearbeitet. Die Art, kunstlos, unterhaltsam Hörbilder mit knappen Untertiteln zu bieten, dürfte sich überhaupt für die Sendebühne als das Geeignteste erweisen. Unter den Sprechern des Abends zeichnete sich Helene Weigel, Frieda Richard, Ernst Legat aus.

Beziehungen zu ihr wieder aufzunehmen. Der Bedrohte, nunmehr gewarnt, podte schnell zu und ließ sie festnehmen. Das sonderbare Verhalten der rasenden Frau ließ nunmehr aber Zweifel an ihrer Zurechnungsfähigkeit aufstehen, so daß sie zunächst einmal zur Untersuchung ihres Geisteszustandes einer Irrenanstalt überwiesen worden ist.

Der Todesfall in der Gitschiner Straße.

Völlige Aufklärung.

Das Städtische Nachrichtenamt verbreitet folgende Nachricht: Die gestern von einem Abendblatt gegebene Darstellung der Angehörigen über den Todesfall des Fräulein Martha Kranert im Krankenhaus Gitschiner Straße ist, wie die eingehenden Bernehmungen ergeben haben, in den entscheidenden Punkten unrichtig. Fräulein K. mußte genau, daß sie an einer Sphärisis litt, und daß die für sie bestimmten Einspritzungen Salvarsaneinspritzungen waren. Sie hat der Schwester gegenüber bereits im Januar ausdrücklich erklärt, daß sie über die Salvarsaneinspritzungen sehr froh wäre, dabei hat sie das Wort „Salvarsan“ selbst gebraucht. Als an einem Tage bis gegen Mittag die fällige Einspritzung noch nicht vorgenommen war, verlangte sie ausdrücklich nach dem Arzt, der sie darum bat. Sie hat ferner der Schwester gegenüber den Wunsch ausgesprochen, im Krankenhaus zu bleiben und nicht in ein Leichterkrankenhaus verlegt zu werden, damit die Salvarsaneinspritzungen fortgesetzt werden könnten, weil sie fürchtete, die Salvarsanur würde in einem Leichterkrankenhaus nicht vorgenommen werden. Dem vom Arzt, wie sie der Schwester sagte, Angaben haben, wieviel Salvarsan sie erhalten hätte, damit sie nach ihrer Entlassung beim Kassenarzt sich weiter mit Salvarsan behandeln lassen könne. Sie mußte auch genau, daß mit einigen Spritzen die Kur nicht abgemacht wäre, sondern daß sie die Kur wiederholen müsse.

Die Ermittlungen haben, wie zusammenfassend zu bemerken ist, als feststehendes Ergebnis gezeigt:

1. Fräulein K. hat sich niemals gegen die Bormahme der Einspritzungen gesträubt, sondern sogar danach verlangt.

2. Fräulein K. mußte genau, daß das verwendete Mittel Salvarsan war und war sogar darüber unterrichtet, daß Kuren bei Sphärisis wiederholt werden müssen.

Die Frage, warum Fräulein K. nicht auf eine Station für Geschlechtskranke verlegt worden ist, ist dahin zu beantworten, daß auf Geschlechtskrankeinstellungen nur Personen verlegt werden, deren Krankheit sich im anstehenden Stadium befindet. Die dem hinzugezogenen Facharzt und dem behandelnden Arzt in den Mund gelegten Äußerungen sind von ihnen niemals getan worden.

Das „Krankenhaus im Grünen“.

Sanatorium Birkenwerder als Hilfskrankenhaus der Stadt.

Das Sanatorium Birkenwerder, das im Privatbesitz ist, aber (wie im „Bismarck“ schon gemeldet wurde) jetzt von der Stadt Berlin zur Unterbringung ihrer Kranken mitbenutzt wird, ist bereits ziemlich voll besetzt. Die Anstalt wurde auf Einladung des Hauptgesundheitsamtes der Stadt am Freitag von Mitgliedern der städtischen Gesundheitsdeputation und von Vertretern der Presse besichtigt.

Professor Hoffmann, Direktor im Hauptgesundheitsamt, gab den Gästen einige Erläuterungen über den Zweck der Anstalt. Die Stadt hat in diesem seit längerer Zeit bestehenden und gut eingerichteten Sanatorium 100 Betten gemietet, weil die Bettennot der städtischen Anstalten sich immer stärker gemacht hatte und rasche Abhilfe forderte. Sie will darin Leichterkranken unterbringen, die nicht an ansteckenden Krankheiten leiden, auch Genesende, die noch der Schonung bedürfen. Die von Bewohnern Birkenwerders gewünschte Befürchtung, daß die Anstalt zu einem Krankenhaus für schwer Kranke gemacht werden soll, ist unbegründet, und unnötig war die Vermutung, die der an der Besichtigung teilnehmende Gemeindevorsteher von Birkenwerder gegen eine etwa bestehende Absicht dieser Art einlegen zu sollen meinte. Der Name „Krankenhaus im Grünen“, den Professor Hoffmann dem Sanatorium gab, scheint uns bei der günstigen Lage an schönem und ausgebreitetem Kiefernwald sehr treffend. Kerosin werden hier Ruhe und Waldluft finden, die als wertvolle Unterstützung der Heilbehandlung dienen werden. Die Anstalt liegt etwa eine Viertelstunde von der Eisenbahnhaltstelle Birkenwerder entfernt, so daß sie von Genesenden zu Fuß erreicht werden kann. Für Kranke soll, wie Sanitätsrat Dr. Frank, der Direktor des städtischen Rettungswesens, mitteilte, ein Transport mit Automobilenbus eingerichtet werden. Bei der Besichtigung der Anstalt fanden unter anderem die reichlich vorhandenen Wandschalen die Bemunterung der Gäste.

Mutter und Kind in den Tod.

Eine Familientragödie ereignete sich gestern nachmittag in dem Hause Flensburger Straße 8 zu Moabit. In Abwesenheit ihres Mannes öffnete die 31jährige Frau Gertrud Reuendorf sämtliche Gashähne in ihrer Wohnung und erwartete zusammen mit ihrem neunjährigen Sohn Werner den Tod.

Der Chemiker, der Röhrenmeister Gustav Reuendorf, kehrte nachmittags gegen 4 Uhr vom Dienst heim. Als er die Wohnungstür aufschloß, kam ihm starker Gasgeruch entgegen. Als er das Schlafzimmer betrat, fand er in den Betten liegend seine Frau und seinen Sohn in dem völlig mit Gas gefüllten Raum leblos vor. Er benachrichtigte sofort die Feuerwehr, die nach kurzer Zeit eintraf und Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoff anstellte, die ohne Erfolg blieben. Beide Leichen wurden beschlagnahmt und dem Schaubaus zugeführt. Der Grund zu der Tat dürfte in Familienzwistigkeiten zu suchen sein.

Eine Zeichen- und Handarbeitsausstellung veranfaßt am 19., 20. und 21. März die 149. Schule, Bergmannstraße 28/29. Innerhalb dieser Ausstellung werden auch Knietarbeiten einer 8. Klasse gezeigt. Die Ausstellung soll keine Schau von Höchstleistungen des Zeichen- und Handarbeitsunterrichts darstellen. Die Schule will durch diese Ausstellung nur zeigen, zu welchen Ergebnissen der gesamte Zeichen- und Handarbeitsunterricht in diesem Schuljahr auf allen Stufen gekommen ist. Die Ausstellung ist im Zeichenjahr der 149. Schule bei freiem Eintritt geöffnet, und zwar Sonnabend, den 19. März, von 8—5 Uhr; Sonntag, den 20. März, von 2—5 Uhr; Montag, den 21. März, von 2—7 Uhr. Die Eröffnungsfeier ist am 19. März, pünktlich 5 1/2 Uhr.

Freiwillige Gewinnde. Sonntag vormittags 11 Uhr, Pappelallee 18, Vortrag des Herrn G. Himmel: Seebenen. Zur Vorführung gelangt die „Sinfonia eroica“. Gäste willkommen.

Wetterbericht der städtischen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachb. verb.). Trocken und meist heiter, am Tage mäßig warm. Nachts kühler. — Im Deutschland: Kur in Westdeutschland hatte Bedeutung und teilweise Niederdrücke, sonst im Ostland des trockenen Hochdruckwelters.

Forman
einfachstes Mittel
gegen Schnupfen
wirkt frappant!

Die Debatte über den Stadthaushalt.

Der sozialdemokratische Redner gegen weitere Tarifierhöhungen.

Die Stadtverordnetenversammlung brachte gestern die allgemeine Debatte über den Haushaltsplan zu Ende. Die linken Parteien trugen ihre besonderen Forderungen vor, deren Berücksichtigung im Stadthaushalt sie erwarten. Aus der Verabschiedung des Haushaltsplanes erschwernenden Politik der Kommunisten erklärt es sich, daß die kleinen Parteien zu ausschlaggebender Bedeutung gelangen können. Oberbürgermeister Böß nahm das Wort, um die Sozialdemokratische Fraktion betonte gestern Genosse Dr. Lohmann, daß sie für die Anregung der Deutschen Volkspartei, die Werttarife weiter zu erhöhen, nicht zu haben ist. Unser Redner rechnete auch mit den Kommunisten ab, die alle möglichen Forderungen stellen, aber die Deckung verweigern. Er geisterte das demagogische Treiben der äußersten Linken wie der Rechten und wies demgegenüber hin auf die zukunftsichere Politik der sozialdemokratischen Fraktion. Der in absehbarer Zeit kommende Erfolg ist dieser Politik gewiß, und sie wird auch von der schaffenden Bevölkerung verstanden. Die Debatte schloß mit einem Geplänkel der Rechten. Dann wurde der Haushaltsplan dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Bei der Fortsetzung der großen Aussprache über den Haushaltsplan in der Stadtverordnetenversammlung polemisierte gestern Stadto. Merens (Dem.) gegen den Redner der Deutschnationalen, Dr. Steiniger. Der Redner versprach die von Steiniger am Etat geübte Kritik mit aller Schärfe. Daß der Etat nicht zeitig genug fertig wurde, liegt nicht so sehr am Magistrat als an den Parlamenten, die die diesbezüglichen Beschlüsse noch nicht fertiggestellt haben. Das wisse Steiniger recht gut als — Reichstagsabgeordneter. Mit den Deutschnationalen sei keine positive kommunale Arbeit zu leisten. Nur ein einziges Mal seit der Schöpfung von Groß-Berlin habe die deutschnationale Fraktion den Etat angenommen, und ihre bis heute bestehende Gegnerschaft gegen Groß-Berlin ist doch wahrlich kein Anreiz, mit ihnen den Etat unter Dach und Fach zu bringen und mit ihnen gemeinsam Berlin zu verwalten. Nach einer Besprechung der einzelnen Etatitel trat Merens für eine Reform der Verwaltung ein und redete der Zusammenlegung von Bezirken das Wort. Wirtschaftlichkeit, Einfachheit, Sparsamkeit in der Verwaltung sei zu fordern; die Wiedereinstellung des ehrenamtlichen Kommunalbeamten befreie die Beamten von Nebenarbeiten. Merens schloß mit der Versicherung, daß seine Parteifreunde den Etat nach eingehender Ausschussberatung annehmen werden. — Der Oberbürgermeister Böß nahm den Magistrat und den Kammerer gegen Angriffe des Stadto. Steiniger in Schutz. Zu den Verwaltungsreformvorschlägen Merens' bemerkte der Oberbürgermeister, daß die Organisationsdeputation in nächster Zeit zusammentreten werde und daß ihr bereits zwei Änderungsanträge zum Gesetz Groß-Berlin vorliegen. Der Redner betonte ferner, daß der Magistrat bei der Vorberatung des Etats leider Steuererhöhungen nicht vermeiden konnte, und zwar besonders deshalb, weil Berlins Ausgabenkreis gegen die Vorkriegszeit ganz unverhältnismäßig erweitert sei. In seinen weiteren Ausführungen ging der Oberbürgermeister mit Dr. Steiniger scharf ins Gericht und fand damit vollen Beifall. — Nachdem Wirtschaftsparteiler Klaffner, der sich gegen die Erhöhung der Grund-, Gewerbe- und Hundesteuer aussprach, sagte Stadto. Lange (S.) die Kritik am Etat fort.

Lange betonte die Bereitwilligkeit seiner Fraktion, an der

festlegung des Etats mitzuwirken, kündigte aber Forderungen auf kulturellem Gebiet an. Nach den Stadto. Danke (S.D.) und der Stadto. Wiegmann (U.S.P.D.) kam als zweiter Redner der sozialdemokratischen Fraktion

Genosse Dr. Lohmann

zu Wort. Die Parteien, die über das Schicksal des Etats zu entscheiden haben und die nach ihrer Ansicht das Jünglein an der Wage bilden, haben gestern und vorgestern ihre Forderungen angemeldet. Es erscheint dagegen fast vermessend, wenn die stärkste Fraktion des Hauses, die Sozialdemokratie, auch noch Forderungen anmelden will! Aber alle Wagnisjünglein nützen nichts, wenn keine Wagschalen da sind, in die man etwas hineinwerfen kann. Immerhin hat die Sozialdemokratie etwas hineingeworfen. Zu den Deutschnationalen gewandt, betonte Genosse Lohmann, daß wir jederzeit bereit sind, unsere kommunale Arbeit unter die Kritik der Bevölkerung zu stellen. Wir fürchten diese Kritik nicht, auch dann nicht, wenn zu den Kritikern etwa auch die „beschränkte Rochtonnenschaft“ gehören sollte, von der Stadto. Steiniger gestern sprach! Lohmann forderte Klärung über die Kassengebarung der Vorjahre, besonders des Jahres 1924; wir müssen auch wissen, zu welchen Bedingungen der Magistrat die Anleihen vergibt. Es ist viel geredet worden über den Rotetat, der zur Beratung steht. Stadto. Steiniger hat aber kein Wort davon gesprochen, daß in Zeiten allgemeiner Not

die Allgemeinheit die Verpflichtung hat, dem einzelnen die Not tragen zu helfen.

Alles was jetzt für allgemeine Wohlfahrtspflege ausgegeben wird, für Jugendpflege und für die Förderung des Schulwesens, entlastet den Etat späterer Jahre. Deshalb ist der Wohlfahrtsrat nötig. Wertwändig ist das Verhalten der Deutschnationalen bei der Behebung der Wohnungsnot in Verbindung mit dem Ausbau der Verkehrsmittel. Was hilft es, wenn an der Peripherie der Stadt Siedlungen und Wohnhäuser entstehen und die Verkehrsmöglichkeiten fehlen dorthin. Für den Wohnungsbau sind die Deutschnationalen allerdings in einem Maße eingetreten, der der Bewilligungslust der Deutschnationalen alle Ehre macht. Wenn aber auf der anderen Seite die Deutschnationalen die Mittel für den Ausbau des Verkehrs ablehnen, so erscheint ihre Politik allerdings in mehr als einem merkwürdigen Lichte.

Der Ausbau des Verkehrs ist äußerst wichtig.

Die Vorteile des Achtsundzweiges werden für die Arbeiterschaft illusorisch gemacht, wenn sie lange Wege von und zu der Arbeitsstätte zurücklegen muß. Das sind Erwägungen, deren sich die Deutschnationalen allerdings verschließen können. In ihrer Agitation gegen die Erhöhung der Werttarife hat die Rechte geflissentlich verschwiegen, daß mit der Fahrpreiserhöhung auch eine bedeutend erweiterte Umsteigemöglichkeit verbunden ist. Und sie hat ferner verschwiegen, daß die 5 Pf. Tarifierhöhung voll für den Ausbau des Schnellbahnnetzes Verwendung finden werden. Genosse Lohmann wandte sich dann mit aller Schärfe gegen die von dem Volksparteiler Schwarz in seiner Etatede geforderte Erhöhung der Werttarife. Jetzt, in der Zeit der allgemeinen Not, mit einer Werttarifierhöhung zu kommen, kennzeichnet die Einstellung der Volkspartei. Wenn die Volkspartei etwa die Absicht haben sollte, mit der Forderung nach Werttarifierhöhungen in der Tasche den Etat unter Dach und Fach zu bringen, dann möge sie lieber draußen bleiben. Den Kommunisten sagte Genosse Lohmann, daß sie ihre Politik, die sie im Stadtparlament betreiben, nicht mehr lange werden ihren Wählern plausibel machen können. Große Forderungen stellen, die

Kündigung von Deckungsmöglichkeiten aber den anderen zu überlassen, um schließlich den ganzen Etat abzulehnen, habe mit Kommunalpolitik nichts mehr gemein. Wenn wir skeptisch sind gegenüber all denen, die keine positiven, verwertbaren Vorschläge in der Kommunalpolitik machen, so bringt uns dazu die Sorge um das Wohl der Stadt Berlin und ihrer Bevölkerung. Dem Stadtverordneten Schwarz von der Volkspartei sagte Genosse Lohmann nach, daß sich der Ton, den wir bei der Vertretung unserer Forderungen in der öffentlichen Wohlfahrtspflege anzuschlagen für richtig befinden, immer noch der Politik richtet, die vom Bürgermeister Scholz beobachtet wird. Es ist nun mal so, daß Personal- und Sachpolitik untrennbar miteinander verbunden sind. Das Bestreben des Bürgermeisters geht unzweifelhaft dahin, der privaten Wohlfahrtspflege die Tätigkeit mit Hilfe städtischer Gelder zu ermöglichen. Dagegen wenden wir uns allerdings mit aller Entschiedenheit. — Bei der Befragung von Posten in der Stadtverwaltung haben wir uns stets davon leiten lassen, daß brauchbare Männer gefunden werden. (Lachen bei der Rechten des Hauses.) Jawohl, das stimmt, meine Herrin: Der neue Verkehrsstadtrat und der neue Stadtschulrat halten durchaus einen Vergleich mit den bisherigen Inhabern dieser Posten aus. Die Einwendungen der Volkspartei gegen unsere Schulpolitik beantwortete Genosse Lohmann damit, daß er erklärte, daß wir in der Frage der weltlichen Schule leider gezwungen sind, Vorzicht zu üben, weil wir mit dem Widerstand von rechts sowohl wie von links zu rechnen haben. Rechtlich verhält es sich mit unserer Einstellung zur Unterstützung der Privatschulen. Aber all das sind keine Fragen, die eine Rede rechtfertigen würden, wie sie der Stadtverordnete Schwarz am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung gegen die Sozialdemokraten gehalten hat.

Wie sind bereit, die Verantwortung für den Etat der Stadt Berlin zu tragen

und es zeugt für die Einsicht der großen Masse der Bevölkerung, daß sie uns Sozialdemokraten auf diesem Wege folgt. Deshalb hat die Sozialdemokratie auch keine Ursache, von ihrer grundsätzlichen Einstellung zum Etat abzugeben. Gelingt es uns, den Etat so zu gestalten, wie es das Interesse der arbeitenden Bevölkerung erheischt, so werden wir ihm gern zustimmen. Sollten aber die Parteien, die sich einbilden, das Jünglein an der Wage zu sein, ihre vermeintliche Macht ausüben wollen, so werden wir ihnen die Verantwortung für ihre Politik überlassen. Die Wirkung auf die Wählerschaft brauchen wir nicht zu fürchten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach dem Stadtverordneten Lüddecke (Dnat.) trat Stadtverordneter Caspari (D. Sp.) für seinen Fraktionskollegen Schwarz ein. In später Abendstunde wurde dann der Etat dem Haushaltsausschuß zur Einzelberatung überwiesen.

Der berüchtigte Zwölfenruß! Der Genosse Adolph Hoffmann teilt uns zu unserem Bericht über die Stadtverordnetenversammlung vom Donnerstag mit, daß sein Zwölfenruß lautete: „Ach wären Sie doch als Kammerer nur halb so schlau gewesen.“ So klug rebete er am Donnerstag, daß die Hälfte ihm schon zu einem hervorragenden Finanzmann gemacht hätte.

„Schellengeläut“ betitelt sich ein zeitkritischer Vortragsabend, den Theo Maret am Donnerstag im Harmoniumsaal gab. Der junge Vortragskünstler ist unserem Publikum nicht mehr unbekannt. Auf Partei- und Reichsbannerveranstaltungen, auf Jugendfeiern und Frauenabenden hat er die Zuhörerschaft zu fesseln verstanden. Dies gelang ihm auch in seinem „Schellengeläut“ betitelt Vortragsabend sehr gut. Maret ist ein guter Sprecher mit stottem Vortrag, in der Tat ein Talent, dem eine Zukunft zu wünschen ist. Wohl selten wurde Erich Weimeris „Es spukt am Brandenburger Tor“ so gewaltig passend zu Gehör gebracht wie durch Maret. Aus dem heiteren Teil sei besonders hervorgehoben eine Gabe — aus den Liedern des Schüfers Dahnis — von Arno Holz „Er durchbeißt die Weibchins“, die den Zuhörern helles Lachen entlockte. Wirklich ein gelungener Abend. Nur schade, daß der Saal nicht überfüllt war.



Das steigende Verlangen
nach P.K.-Kau-Bonbons beweist ihre Beliebtheit in allen Kreisen. Stets reiner Mund und dauernd angenehmes duftendes Atem. Der reiche Speichelfluss beim Kauen ist den Zähnen zuträglich und hilft der Verdauung.

Päckchen — 4 Stück — 10 Pf. Ueberall erhältlich!
WRIGLEY
PK. KAUBONBONS
FABRIK: WRIGLEY A.G. FRANKFURT a. M.

Mufftaufträge
Übergibt man nur dem Kaufmann des Deutschen Kaufmannverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Telefon 2577-78. Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch.

HALPAUS-RARITÄT
N° 200
der weisse Rabe
unter den 4 Hfg. Cigaretten

Warum?
Fragen Sie den Tabakmarenhändler. Es gibt keine Cigarette, die sich so leicht verkaufen lässt wie unsere RARITÄT



HALPAUS
RARITÄT
ist die meist gerauchte, weil weitaus beste
4 Hfg. Cigarette Deutschlands.

Für Reform des Schulwesens.

Sozialdemokratische Forderungen im Landtag.

In der Freitagssitzung des Landtages gab zunächst Abg. Boes (Dnat.) eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung ab, in der er Behauptungen des kommunistischen Abgeordneten Müller-Frankfurt über schlechte Behandlung eines Landarbeiters als Verleumdung bezeichnete.

Abg. Dohlt-Bielefeld (Soz.):

Wir begrüßen die zustimmende Haltung des Hauptausschusses zu den Mehrbewilligungen für die Junglehrer. Aber es ist an der Zeit, daß auch in der Frage der Besoldung der Volksschullehrer etwas geschieht. Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns gegen das menschenunwürdige System der Prügelsstrafe, das endlich beseitigt werden muß.

Der neue Staatsgedanke sollte im Schulunterricht, insbesondere im Geschichtsunterricht, viel positiver zum Ausdruck gebracht werden.

Die so viel angegriffenen heilischen Simultanfächer haben sich außerordentlich bewährt. Wir fordern deshalb auch endlich die Errichtung der Simultanen pädagogischen Akademie in Frankfurt a. M. Wirklich wertvolle und reife Menschen können aber nur dann aus unserer Schule hervorgehen, wenn das gesellschaftliche und geschichtliche Werden in ihr die Stätte findet, die ihr gebührt.

Abg. Frau Stoffel (Z.): Wir betrachten die Simultanfächer als einen Gewissenszwang und lehnen sie deshalb ab. Den Junglehrerinnen muß mehr Möglichkeit zu ihrer Fortbildung gegeben werden.

Abg. Benetmann (D. Sp.) bezeichnet die Junglehrerinnen als eine Katastrophe und ermahnt den Minister, die Staatsfächer in der Frage des Konfessionsausfalls auf keinen Fall preiszugeben.

Abg. Stod (Dnt.) warnt vor einer Ueberspannung sportlicher Betätigung der Schulfugend, die mit ihrem übertriebenen Refordsystem nur gesundheitsschädlich sei. Lehrer und Erzieher könnten ohne Prügelsstrafe nicht auskommen.

Abg. Kusan (Komm.) wendet sich gegen die weltlichen Schulen, weil dadurch die Kinder freidenkender Eltern nur isoliert würden. Sie hätten in den allgemeinen Schulen zu bleiben, wo sie gegen die Prügelpädagogen und nationalistischen Hege wirken könnten!

Damit schließt die Aussprache über das Volksschul- und Kirchenwesen. Es folgt die Behandlung der

Provinzialhochschulwesen und höheren Lehranstalten.

Nach kurzen Ausführungen der Berichterstatter erhält das Wort Abg. Dr. Welfmann (Dnat.), nach dessen Ansicht sich die Reform der höheren Schulen Brauns im Fegfeuer der Praxis befindet. Das höhere Schulwesen sei gegenüber der Vorkriegszeit in rückwärtiger Entwicklung. Seine Freunde lehnten ein europäisches Kulturideal entschieden ab.

Abg. Gerbe (Z.) verlangt für die Gemeinden dringend die Erhöhung der Staatszuschüsse, damit sie ihre höheren Schulen durchhalten können.

Abg. Dr. Sieffens (D. Sp.) bedauert, daß die Verstaatlichung namentlich von höheren Lehranstalten für Mädchen so geringe Fortschritte macht. Der Staat müsse alles tun, um den Gemeinden die Erhaltung der höheren Schulen zu ermöglichen.

Abg. Frau Dr. Wegscheid (Soz.):

Nach den Bestimmungen der Reichsverfassung soll unser Schulwesen ein organisches Ganzes sein. Dennoch müßten auch die Privatschulen, wenn sie schon unterstützt werden, mit ihren inneren Einrichtungen den Anforderungen genügen, die an ein geordnetes Schulwesen zu stellen sind. Die Bezahlung der an solchen Schulen tätigen Lehrkräfte läßt aber vielfach zu wünschen übrig.

ein schnellerer Aufstieg

und eine glückliche Ergänzung der geistigen Kräfte unseres Volkes aus den arbeitenden Schichten gewährleistet. Die breiten Volksschichten müssen sich durch Schulgeldermäßigung für die höheren Schulen interessieren, sonst führt ihre völlige Isolierung zur Einseitigkeit begüterter Volksschichten (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Schulbücher müssen auf ihren Inhalt durch eine Kommission geprüft werden, die im Licht der Öffentlichkeit arbeitet.

Die kindliche Auffassung des Heroenkultes muß aus ihnen verschwinden.

Die Klassenfrequenz muß ebenso wie die Zahl der Pflichtstunden der Lehrer herabgesetzt werden, wenn diese nicht überbürdet werden sollen. Wir wenden uns auch mit aller Entschiedenheit gegen den Zwang zum Beitritt in den Verein für das Deutschtum im Auslande, der an den höheren Schulen vielfach ausgeübt wird. Wenn diese Organisation auch bemächtigt ist, die deutschen Schulen im Auslande zu fördern, so hat sie doch bis jetzt nicht das Recht, sich als Vertreterin des ganzen deutschen Volkes zu bezeichnen.

Abg. Selheim (Komm.) behandelt das Verschwinden des Schülers Messerschmidt, dessen Mutter das Schulgeld nicht zahlen konnte. Das Provinzialschulkollegium habe in diesem Fall versagt.

Abg. Frau Dr. Klauhnert (Dem.) warnt vor der Annahme, daß der republikanische Gedanke an den höheren Schulen sich durchsetzen habe. Sie führt Fälle an, in denen von rechtsextremsten Lehrern die Schüler gegen die Republik und linksgerichtete Politiker in unehrenvoller Weise verhöhnt worden seien.

Abg. Frau Thöne (D. Sp.) tritt für die Privatschulen und Substantialien gegenüber den Oberrealschulen ein. Der Minister habe in seiner Statistik der Konfessionen der Lehrerschaft nur Katholiken und Nichtkatholiken unterschieden. Eine solche Behandlung brauchen sich die Lehrer evangelischer Konfession nicht gefallen zu lassen.

Kultusminister Dr. Becker verwahrt sich dagegen, daß er in der Statistik die evangelischen Lehrer mit den Dissidenten und Juden zusammengezählt hätte. In Wahrheit habe er lediglich die Zahlen der katholischen Lehrer denen der evangelischen Lehrer gegenübergestellt, die jüdischen und dissidentischen Lehrkräfte wegen ihrer geringen Zahl aber ganz unberücksichtigt gelassen. Die gegenwärtige Feststellung der Vorrednerin sei falsch, werde aber bemüht verbreitet, um den Glauben zu erwecken, als sei das preussische Unterrichtsministerium einem Katholikenprozeß ausgesetzt. (Beifall links.)

Die weitere Debatte wird auf Sonnabend, den 19. März, vormittags 10 Uhr, vertagt.

Reudell weicht aus.

„Die Rückkehr des Kaisers nicht akut.“ — Kulturdebatte im Reichstag.

Der Reichstag setzte in seiner gestrigen Sitzung die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern fort.

Abg. Geyse (Komm.) bezeichnet diesen Etat als Polizeietat, der zur Wiederherhaltung der arbeitenden Massen bestimmt sei. Die jetzige Regierung sei der Ausdruck des kapitalistischen Wiederaufbaues. Herr v. Reudell wolle bayerische Reichshäuser in ganz Deutschland einführen. Die Kommunisten würden dafür sorgen, daß Deutschland dieselbe Ummwälzung erlebe, wie sie Rußland im Jahre 1917 durchgemacht habe.

Abg. Koch-Weser (Dem.) erinnert daran, daß die Deutsche Volkspartei sich nach einigen Jahren der außenpolitischen Verständigungspolitik angeschlossen habe. Sie werde sich jetzt wohl auch mit der Republik innerlich abfinden. Es sei entschieden zu verurteilen, daß der Minister die Souveränität der Länder anerkennen wolle. Der Reichsinnenminister habe die Aufgabe, für die Reichseinheit einzutreten. In tausendjähriger deutscher Geschichte habe man keine Spur von gesundem Föderalismus, sondern nur förmlichem Partikularismus. Halte man es für richtig, daß Preußen politisch aus Bayern ausgewiesen werden können, daß in Bayern gegen die Reichsverfassung Titel und Orden eingeführt werden? Wir verlangen zum Ausbau der Reichseinheit die

Volkes. Groß ist noch die Not bei der Kunst, hier muß Hilfe geleistet werden. Die Kreise, die sich so „national“ gebärden, hätten hier Gelegenheit zur Betätigung, indem sie Werke der schaffenden Künstler kaufen. Nationale Gesinnung darf nicht Lippenbekenntnis sein, sie muß sich darin zeigen, daß der Kunst die Mittel zur Verfügung gestellt werden, deren sie zu ihrem Fortkommen bedarf. Die Kommunen, in denen Sozialdemokraten Einfluß haben, gehen hierin mit gutem Beispiel voran.

Viele deutsche Theater wären zugrunde gegangen, wenn nicht die Städte außerordentlich große Opfer für sie gebracht hätten.

Aber auch die Besucherorganisationen, die freien Volkstheatern, haben dafür gesorgt, daß die Massen in das Theater geströmt sind. Trotzdem haben sie vom Reiche ganze 200 000 Mark erhalten. (Hört, hört!) Der Redner verlangt, wenn Mittel für kulturelle Zwecke bewilligt werden, daß auch der Sozialistische Kulturbund daran beteiligt werde, dessen Leistungen auf außerordentlicher Höhe stehen. Wissenschaft und Kunst sind keine feststehenden Begriffe, sie verändern sich mit der fortschreitenden Entwicklung in der Wirtschaft, in der Technik, sie dürfen sich also vor der neuen Zeit nicht verschließen. Die Entwicklung des Films soll man nicht dadurch hindern, daß man sogenannte Schummernahmen gegen die Filmreklame schafft.

Die Revolution kann durch den Film nicht propagiert werden;

ich wäre der erste, wenn das möglich ist, der an der Herstellung eines solchen Films arbeitete. Es gibt sozial Ungerechtigkeiten im politischen und wirtschaftlichen Leben, in Justiz und Kultur, daß eine Revolution nötig wäre, um das alles hinwegzufegen. Aber ein Film kann eine solche Revolution nicht erzeugen, daher sind Filmverbote ganz zwecklos. Der Redner empfiehlt dem Minister, sich einmal die Arbeit des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ anzusehen, der 160 Wanderheime geschaffen und damit außerordentlich für die Jugend und für die Kultur geleistet habe. Das Wandern der Jugend muß viel mehr als bisher gefördert werden. Wenn so für Kunst, Wissenschaft und Kultur alles nur möglich getan wird, dann wird die Republik ein Staatswesen sein, in dem das ganze Volk sich wohl fühlt. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Walraf (Dnat.) weist auf die Verhandlung der Landtags hin, die vielfach beim Bau von Verkehrs- und Krafteinlagen verursacht wurde. Die Bestrebungen des Vereins für Naturschutz müßten auch finanziell vom Reiche unterstützt werden.

Abg. Dr. Kunkel (D. Sp.) beipflichtet es, daß die Reichsregierung das Reichsschulgeld schaffen wolle. Es müsse Toleranz gegenüber allen Anschauungen geübt werden. Auch für die einheitliche Lehrerbildung sei Sorge zu tragen. Für das gesamte Schulwesen müsse ein einheitliches Jahrbuch erscheinen. Alle Schulfragen seien im Geiste gegenseitigen Vertrauens zu lösen.

Abg. Dr. Bergsträßer (Dem.) wünscht eine stärkere Unterstützung der im Besitze des Reiches befindlichen wissenschaftlichen Institute. Unter den Darbietungen des Rundfunks finde man vielfach sehr minderwertiges Zeug.

Abg. Dr. Schneider (Z.) beklagt, daß die deutschen Forschungsinstitute mit so geringen Mitteln arbeiten müßten. Das Reichsfinanzministerium sollte die internationale geistige Zusammenarbeit fördern. Zu begrüßen wäre, daß für die wissenschaftliche Fortbildung der Beamten auch außerhalb Berlins Mittelpunkte geschaffen worden seien.

Abg. Frau Dr. Böhm (Dnat.) wünscht eine bessere Verbindung zwischen Junglehrern und den jungen Arbeitslosen.

Abg. Frau Mah (D. Sp.) verteidigt die Freigabe des oberösterreichischen Films „Rann unter Kreuz“ durch die Oberstprüfstelle Hofmann-Ludwigshofen (Z.) unterstreicht die große Bedeutung von Turnen und Sport. Die Organisationen für diesen Zweck re präsentieren eine Volksbewegung.

Abg. Frau Lang-Bruchmann (Bayr. Sp.) wendet sich gegen die jetzt vielfach ausgeführten russischen Filme, durch die die neue Beunruhigung in die Bevölkerung hineingerufen werde.

Abg. Münzberg (Komm.) behauptet gegenüber dem Minister, daß die von der kommunistischen Presse wiedergegebenen Bilder über Uebungen der Olympia auf dem Gute des Ministers echt seien. Nach 8 Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend mit 12 Uhr.

Aus der Partei.

Proletarische Kulturpolitik.

Die immer stärker werdende Kulturreaktion zwingt alle Arbeiterorganisationen in viel höherem Maße als bisher, alle Erscheinungen auf diesem Gebiete aufmerksam zu verfolgen. In dem loebenswerthen Märzheft der „Arbeiterbildung“ (der ständige Beilage der „Bücherwarte“) untersucht Kurt Löwenstein in einem Artikel „Die Kulturpolitik der Reaktion“ die politischen und sozialen Wurzeln der kulturreaktionären Kritik. Sein Ruf geht dahin, durch eine bewusste sozialistische Kultureinstellung die Kräfte zu weiden, die zur Abwehr der drohenden Reaktion und zur inneren Festigung der sozialistischen Arbeiterbewegung notwendig sind. Ein weiterer wichtiger Beitrag zu dieser Frage liefert Paul Franke in einem Artikel „Sport und Arbeiterkultur“, der eine enge Verbindung zwischen Arbeitersport und allen anderen Gebieten der Arbeiterbewegung fordert. Der bekannte Musikkritiker Kurt Singer behandelt an Hand der vor kurzem herausgegebenen Chor Sammlung des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes das Thema „Das Lied des Arbeiters“. Eine Vortragsdisposition für sozialistische Jugendweihen nebst anschließenden Programmen sowie wichtige Angaben aus der Praxis der Bildungsarbeit beschließen den Inhalt des Nummer.

In dem Märzheft der „Bücherwarte“ jesselt vor allem ein umfangreicher Aufsatz von H. Waage über „Naturphilosophie“ in dem die Grundbegriffe der modernen Naturforschung vorgelegt und die Klappen geschildert werden, die die Naturerkenntnis seit der Zeit des mechanistischen Materialismus bis in die jüngste Zeit durchgemacht hat. Zahlreiche Literaturangaben geben auch dem unvorgebildeten Leser die Möglichkeit, in dies wichtige Gebiet der Geisteswissenschaften einzudringen. Des weitern enthält die Nummer ein Reihe von Besprechungen wichtiger Neuerscheinungen aus dem Gebiet der Arbeiterbewegung, Dichtung, Belletristik, Jugendchriften, Naturkunde, Politik, Sozialismus und Wirtschaftstheorie.

Die „Bücherwarte“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1.50 M. für das Vierteljahr durch die Post, die Buchhandlung A. H. W. Dieß Nachf., Lindend. 2. und alle „Vorwärts“-Expeditionen zu beziehen. Eine Nummer kosten 75 Pf. Die Reichsausgabe für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Die Tochter der Genossen Tom Shaw, des Sekretärs der Textilarbeiter-Internationale, die ihn auf der Indiensfahrt der Legalarbeiter-Abordnung begleitete, ist auf der Rückreise zwischen Marseille und Gibraltar an den schwarzen Felsen gestorben.

Jugendweihen der Arbeiterschaft Groß-Berlins

morgen, Sonntag, den 20. März 1927, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karloffstraße

Mitwirkende: Berliner Volkstheater: Leitung Dr. Jander • An der Orgel: Emil Jaeger • Cello-Vcllo: Armin Diebermann, Fritz Hoppe, Kurt Denzow • Violine: Dr. Cohnmann • Der Sprechchor der Preussischen Jägerbände, Leitung Hb. Bloch und Einzelsprecher Heinz Witte • Clavieristen sind an der Kasse erhältlich.

Einführung der Reichsangehörigkeit an Stelle der Staatsangehörigkeit. Der Redner verlangt ferner die Freizügigkeit der Anwälte innerhalb des ganzen Reiches, die Vermittlung des Reiches in dem Streit zwischen Preußen und Hamburg, ein deutsch-österreichisches Zollgebiet, eine Verwaltungsreform auf unitarischer Grundlage. Die Steuererhöhungen an Bayern beim Finanzausgleich seien eine Bezahlung für den Eintritt der Bayerischen Volkspartei in die Regierung.

Abg. Behold (Wirtsch. Bg.) wünscht größere Berücksichtigung des Mittelstandes, der an den Kulturaufgaben des Reiches wesentlich beteiligt sei. Allerdings gestatte die ungenügende Finanzlage des Reiches nicht, allen Forderungen der Parteien zuzustimmen. Der Beamtenminister sollte energisch dagegen einschreiten, daß Reichsbeamte durch schamhafte Handelsbetriebe dem gewerblichen Mittelstand Konkurrenz machen.

Abg. Lelch (Bayr. Sp.) begrüßt es, daß der Minister sich für die staatliche Eigenpersönlichkeit der Länder ausgesprochen hat. Der Parteigenosse des Abg. Solmann, der preussische Ministerpräsident Braun, habe die staatliche Eigenpersönlichkeit Preußens besonders nachdrücklich bei dem Streit mit Hamburg betont. Auch Bayern muß Achtung vor seinem staatlichen Eigenleben verlangen. Notwendig sei der Wille, dem Staate zu dienen. Wer diesen Willen hat, sollte uns willkommen sein, auch wenn er die monarchische Staatsform für die bessere hält. Wir beklagen uns zum Staat, wir Bayern zum bayerischen Staat und zum Deutschen Reich. Wer die Aenderung der Staatsform auf verfassungsmäßigem Wege erstrebt, ist deshalb noch kein Verfassungsbrecher. (Zurufe b. d. Soz.) Schauen Sie mich doch an, sehe ich aus, wie ein Revolutionär?

Abg. v. Ramin (Dnt.) behauptet, daß das parlamentarische System nicht die höchste Blüte des deutschen Geistes versammle. Darum arbeiteten die vaterländischen Verbände an einer Aenderung des Systems. Der Redner verlangt politische Meinungsfreiheit, die heute nicht bestehe, namentlich auch für die Beamten.

Reichsinnenminister v. Reudell:

Im Reichsjustizministerium wird geprüft, welche Bestimmungen des Republiksschulgesetzes aufrechterhalten werden sollen.

Die Rückkehr des Kaisers sei nicht akut.

Was solle bei der Verlängerung des Republiksschulgesetzes Stellung genommen werden. Die Beschleunigung der Einbringung des Ministerpensionsgesetzes liege der Reichsregierung am Herzen. Maßnahmen über Befähigung und Einstellung von Beamten würden demnächst das Kabinett beschäftigen. Das präponierende Tragen von Abzeichen durch Beamte im Verkehr mit dem Publikum sei unter sagt, der Postminister habe überhaupt politische Abzeichen untersagt (Zuruf links: Und der Innenminister?). ... teil Ihnen mit, was der Postminister veranlaßt hat. (Gelächter links.) Zur Frage der Titel und Orden kann ich mich mit Rücksicht auf schwebende Verhandlungen mit den Ländern nicht äußern, ebenso über das Ausführgesetz zu Artikel 48. (Unruhe und Gelächter links.) Konfessionsverhandlungen haben anfänglich der Regierungsbildung nicht statgefunden. Die Ressorts prüfen die Frage, aber zu irgend welchen Verhandlungen mit dem heiligen Stuhl ist es noch nicht gekommen. Ueber das Privatschulwesen sind einseitige Vereinbarungen mit den Ländern getroffen worden. Sobald die Zustimmung sämtlicher Länder erfolgt ist, werden sie dem Reichstag vorgelegt. Das Entschädigungsgesetz ist inzwischen fertiggestellt, es soll eine erschöpfende Regelung bringen. Der Minister erklärt zum Schluß, daß zwei von der kommunistischen Presse veröffentlichte Bilder über Waffenübungen auf seinem Gute gefälscht seien.

Mit einigen Bemerkungen des Abg. Marsin (Dnat.) schließt die allgemeine Aussprache. — Die Einzelbesprechung beginnt mit dem Abkinn

Wissenschaft und Kunst.

Abg. Schred (Soz.) fordert, daß auf den Hochschulen auch die sozialistische Wissenschaft verdrängt und gelebt werde. Es würde besser sein, wenn sich die Hochschullehrer mehr im Volke bewegen, es würde dann z. B. nicht vorzukommen, daß ein Professor in Tübingen das Proletariat als Kloake beschimpft (Hört, hört! links) und die Studenten dazu noch ruhig bleiben. Wir begrüßen es, daß an 45 Hochschulen sich die Studenten durch Selbsthilfe gegen die ihnen drohende Not zur Wehr gesetzt haben. Das ist ein Akt der Solidarität, der auf dem Wege zum Sozialismus liegt.

Den notleidenden Studenten muß weitgehend geholfen werden.

und wir bebauern deshalb, daß unser Antrag auf Schaffung von Studentenhäusern abgelehnt worden ist. Wir haben nicht vergessen, welche Opfer der Krieg gefordert hat, deshalb verlangen wir Abstriche vom Reichswahretat und dafür Berechtigung von Mitteln zur geistigen und kulturellen Erneuerung des deutschen

Industriehypothesen.

Die Leistung der Sächsischen Landespfandbriefanstalt.

Sehr bald nach der Stabilisierung der Währung und insbesondere nach dem Zusammenbruch der großen Konzerne und dem Ausbruch der schweren Krise im Herbst 1925 hatte sich gezeigt, daß große Teile der deutschen Industrie für ihren Kreditbedarf bei den privaten Banken auf nichts zu hoffen haben. Während den großen Unternehmungen durch die Vermittlung, besonders der großen Banken, nicht nur kurzfristige, sondern auch langfristige Kredite in Höhe und Fülle zugeführt wurden, blieb die mittlere Industrie, an deren intensiver Pflege besonders viel gelegen wäre, auf dem Trockenen. Die mittlere Industrie durfte gegen die zerstörende kurzfristige Politik der privaten Banken nicht aufkommen, da sie sonst überhaupt ihren Kredit gefährdet hätte. Darüber hinaus erwiesen sich die privaten Banken als absolut unfähig, jede Organisationsarbeit zu leisten, die für die große Zahl von notwendigen, mittleren und kleineren langfristigen Industriekrediten aus dem Ausland zu leisten gewesen wäre. Es ist ein großes Verdienst des sächsischen Staates, daß er diese

von den Privatbanken durch ihre eigene Unzulänglichkeit offen gelassene Lücke

geschlossen und durch die Gründung der Sächsischen Landespfandbriefanstalt die Kreditversorgung weiter sächsischer Industrie freigelegt hat.

Doch die Sächsische Landespfandbriefanstalt ihre Aufgabe, durch die Vermittlung langfristiger Betriebskredite auf hypothetischer Grundlage die sächsische Industrie auch für die laufende Kreditaufnahme kreditwürdig zu machen, verstanden hat, zeigt mit erstenslicher Deutlichkeit der von ihr veröffentlichte Geschäftsbericht. Trotz der außerordentlich großen Schwierigkeiten, die der gründlichen Prüfung, richtigen Begrenzung und Sicherstellung der Hypothekendarlehen entgegenstanden, hat sie in einem Jahre die Bearbeitung von 1058 Kreditgesuchen durchgeführt, in denen 112 Millionen Mark Hypothekendarlehen nachgefordert wurden. Davon wurden in 428 Fällen Zusagen über insgesamt 42,06 Millionen gemacht, worauf bis zum 31. Dezember 1926 302 Darlehen über 79,11 Millionen Mark zur Auszahlung kamen. Wie stark gerade mittleren Betrieben geholfen

wurde, zeigt die Verteilung nach der Höhe der gewährten Summen. Bis 20 000 M. wurden 31,9 Proz., von 20—50 000 M. 28,5 Proz., von 50—100 000 M. 20,4 Proz. und über 100 000 M. 19,1 Proz. der Darlehen gewährt. Sämtliche Industriezweige sind unter den Darlehensnehmern vertreten; an erster Stelle die Textilindustrie mit 86 Betrieben, danach die Maschinenindustrie, einschließlich Metallwarenfabriken und Glashereien mit 60 Betrieben. 27,1 Proz. hat die Anstalt bisher aus keinem Darlehen er-

halten. Nur in drei von den 392 Fällen konnten sich die Darlehens-

empfänger nicht halten. Aber auch hier traten keine Verluste ein. Die Kapitalien besorgte sich die Anstalt in der Hauptsache aus dem Ausland, und zwar 4,89 Millionen Dollar siebenprozentige, 4 Millionen Dollar sechseinhalbprozentige Obligationen und aus Deutschland den Gegenwert von 5 Millionen achtprozentigen Pfandbriefen.

Die Hypotheken selbst wurden bemerkenswert billig abgegeben.

Einschließlich der über zweiprozentigen Tilgung, eines Gefahrenzuschlages und sämtlicher Unkosten kosteten die Hypothekendarlehen jährlich je nach der Zeit der Vergebung nur zwischen 8,3 und 9,95 Prozent. Dabei waren die Kosten, mit denen die Anstalt arbeitete, außerordentlich geringfügig, da die gesamte Arbeit ersaunlichsweise mit einem Personal von zehn Köpfen bewältigt wurde und besondere Geschäftskosten nicht erwuchsen, da die Arbeit im Rahmen der Sächsischen Staatsbank erfolgte. Die Spanne zwischen den eingenommenen Darlehenszinsen und den ausgegebenen Schuldzinsen in der Gewinn- und Verlustrechnung beträgt noch nicht 113 000 Mark, und beweist eine Wirtschaftlichkeit der Kreditvermittlung, wie sie von einer Privatbank wohl kaum je verzeichnet worden ist. Sämtliche Unkosten für die Beschaffung, Bewegung, Placierung und Sicherung von rund 40 Millionen Darlehen erforderten nur 82 169 Mark. Dabei bleibt ein Gewinn von 170 000 Mark, aus dem das Grundkapital von einer Million nach dem Reichsbankgesetz verzinst wird, 25 Proz. zur Bildung der ersten Reserve zurückgestellt und aus dem Rest 30 000 Mark der Sächsischen Staatsbank für die Leistung der Anstalt überwiesen werden.

Die privaten Banken sind mit die lautesten

Krieger im Kampf gegen die öffentliche Hand

und in der Berührungspunkt der staatlichen Initiative als unfähig und teuer. Der größte Teil der sächsischen Industrie steht den Banken in dieser Hinsicht gewiß nichts nach. Hier ist ein Beispiel der staatlichen Initiative gegeben in einer Situation, in der die Privatbanken absolut verlagten, in der große Teile der Industrie vor die Hunde gegangen wären, wenn die Initiative des Staates gefehlt hätte. Hier liegt aber auch ein

Beispiel von Wirtschaftlichkeit

und was die Unkosten anbelangt, billiger Kreditversorgung vor, das die privaten Bankinstitute einmal nach machen sollen. Es ist nun natürlich nicht zu hoffen, daß die privaten Unternehmer und die Banken durch diese Erfahrungen mehr Einsicht beweisen werden. Die Öffentlichkeit soll aber von diesen Dingen Kenntnis haben, um gegen ihre Irreführung durch besseres Wissen gemappnet zu sein.

Durchschnittsindex für die genannten 5 Erzeugnisse 96. Im Februar 1927 war der Durchschnittsindex für die 9 Betriebsmittel auf 134 gestiegen, der Durchschnittsindex für die 5 Erzeugnisse auf 123 gestiegen. Die Betriebsmittelformen sind also um 1 Punkt gefallen, während der Wert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse um 25 Punkte gestiegen ist.

Um das Bild abzurunden, wollen wir die Ziffern des Instituts für Konjunkturforschung nachtragen, die dieses über die seit 3 Jahren erfolgte Steigerung der Roggen- und Weizenträge je Hektar in einem letzten Vierteljahrbericht bekanntgegeben hat. Vergleichsweise wird jeweils die Zeit von Juli bis Januar in den Jahren 1924—1927 und die Felderträge insgesamt und je Hektar im Reich und in 12 Marktbezirken.

Roggen:	Juli 1924	Juli 1925	Juli 1926
Geltaretragi. Reichsdurchschnitt	12,96 D.	16,92 D.	18,48 D.
Geltaretragi. Reichsdurchschnitt	761 621 000 M.	851 899 000 M.	922 840 000 M.
Wert pro Hektar und Reichsdurchschnitt	174 M.	182 M.	194 M.

Weizen:	Juli 1924	Juli 1925	Juli 1926
Geltaretragi. Reichsdurchschnitt	16,39 D.	20,78 D.	16,05 D.
Geltaretragi. Reichsdurchschnitt	342 567 000 M.	467 058 000 M.	457 298 000 M.
Wert pro Hektar und Reichsdurchschnitt	232 M.	302 M.	285 M.

Obwohl die Ernte des letzten Wirtschaftsjahrs beträchtlich hinter der des vorhergehenden zurückgeblieben ist, ist der Feldertrag bei Roggen um 9 Proz. höher als im Vorjahre. Der kleine Verlust beim Weizen wird dadurch mehr als ausgeglichen.

Zu diesen wenigen Daten, die schlagend die bedeutend gebesserte Lage der Landwirtschaft beweisen, kommt noch die außerordentlich große Senkung der Zinsen hinzu, die für die laufende Finanzierung der landwirtschaftlichen Betriebe besonders wirksam wird. Die Behauptungen der landwirtschaftlichen Industrieverbände werden also durch die Tatsachen glatt widerlegt.

Zur Wirtschaftskrise in Italien.

Das große Rennen um Auslandsanleihen.

Aus Mailand wird uns berichtet, daß die Krise in Italien immer fühlbarer wird. Alle Bemühungen, künstlich den Kurs der Borsen aufrechtzuerhalten und die Börse zu stützen, vermehren nur die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Das wichtigste Zeichen der Krisenverschärfung sind die Zusammenbrüche in den Luxusindustrien, der Modemagazine und der großen Restaurants, die bei der entscheidenden Bedeutung des Fremdenverkehrs für Italien eine schwere Belastung bedeuten.

Von Mailand bis Neapel zeigt sich überall dasselbe Bild. Der Preis ist verboten, über die wirtschaftliche Lage, die Arbeitslosigkeit und die Konkurrenz zu berichten, oder den Ernst der Lage zu erörtern. Selbst in sächsischen Kreisen hört man nur eine Klage über den unermesslich gewordenen Zustand. In Mailand sind das bekannte Restaurant Biffi und das große Hotel de Varese zu gleicher Zeit zusammengebrochen. In Neapel haben die meisten Restaurants mit ihren Gläubigern affordieren müssen, mehrere wollen gänzlich schließen. Die Hotels größtenteils leer, denn die Fremden werden weder von den sehr hohen Preisen noch von der Schaustellung des sächsischen Regimes angelockt. Da wenig flüssiges Geld, vor allem aber kein Vertrauen vorhanden ist, kommen an den Börsen kaum noch Käufe zustande. Eine Aufmunterung haben an der Börse nur die Industrien erfahren, die für den Krieg arbeiten und die infolge der außerordentlichen Staatsaufträge sogar ihr Personal haben vermehren können. In sämtlichen Rüstungsfabriken herrscht die lebhafteste Tätigkeit, was angesichts der Marmorrückstände über sächsische Wälder in Albanien Befremden erwecken muß. Es werden große öffentliche Arbeiten unternommen, die wertlos sind und lediglich Eindruck auf die Fremden machen sollen; demgegenüber steigt die Arbeitslosigkeit täglich. Die amtlichen Ziffern sprechen von 200 000 Arbeitslosen, in Wirklichkeit aber erreicht ihre Zahl fast eine halbe Million.

Große Anstrengungen macht die Regierung Mussolini, nachdem sie selbst mit Staatsanleihen im Auslande wenig Glück hat, wenigstens den privaten und öffentlichen Wertes die Erlangung von Auslandsanleihen zu erleichtern. Bis zum Anleihebetrag von 100 Millionen Dollars hat die Regierung jetzt bereits das Kursrisiko für solche Anleihen übernommen; für 75 Millionen Dollars hätten private und öffentliche Werke bisher diese Staatsgarantie in Anspruch genommen. Jetzt ist die Stadt Rom mit der bisher größten Dollaranleihe im Betrage von 30 Millionen Dollar gefolgt, die in der Hauptsache zur Erweiterung städtischer Werke dienen soll und dem New Yorker Bankhaus Morgan vermittelt wird.

Langsame Entlastung der Reichsbank.

Nach dem Wochenauweis der Reichsbank zum 15. März ging ihre Inanspruchnahme durch Banken und Wirtschaft wieder leicht zurück, jedoch sind die Summen, mit denen die Reichsbank in Anspruch genommen wird, noch relativ sehr hoch geblieben. Die Kapitalanlage der Reichsbank in Wechseln, Lombarddarlehen und Effekten (Effekten blieben unverändert) hat um 121,7 gegen 148,2 in der Vormoche auf 162,3 Millionen abgenommen. Die Wechselbestände sanken um 9,9 (in der Vormoche 29,8) auf 1509,0 Millionen. Die Wechselbestände der Reichsbank liegen um die Hälfte weniger als im Januar 1927, während die Lombarddarlehen sich um 26,7 auf 19,5 Millionen erhöht haben. Auf dem Konto der Kundengelder erfolgte eine Zunahme von 104,5 auf 628,7 Millionen, worin man wohl Berücksichtigung für den Quartalsabschluss erblicken darf. Im Zusammenhang mit der eingetretenen Entlastung ging der Geldumlauf der Reichsbank zurück. Der Umlauf an Reichsbanknoten verringerte sich um 208,1 auf 3143,8 Millionen, derjenige an Rentenschneinen um 31,5 auf 1048,9 Millionen. Die Goldbestände wuchsen um den kleinen Betrag von 46 000 Mark an, die Bestände an deckungsfähigen Devisen erhöht sich um 22,0 auf 224,1 Millionen. Die Notendeckung durch Gold und Devisen zusammen erfuhr durch den Rückgang des Notenumlaufs und die Steigerung der Gold- und Devisenbestände eine Erhöhung von 61,1 auf 65,8 Proz.

Aus der Arbeit der Konsumvereine.

Bedeutung der Eigenfinanzierung.

Wir haben kürzlich über die Jahresergebnisse der im Zentralverband deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen Konsumgenossenschaften für 1926 und im Vergleich mit dem Vorjahr berichtet. Neuere Veröffentlichungen des Zentralverbandes gestatten die damals gegebenen interessanten Aufschlüsse noch in mancher Hinsicht zu erweitern. Insbesondere vermag der Vergleich mit der Vorkriegszeit zu zeigen, daß trotz des unpoliten Wiederaufstiegs der proletarischen Konsumvereine seit der Währungsstabilisierung die Inflationszerstörung des Genossenschaftskapitals und der Ersparnisse der Mitglieder sowie die Niederhaltung der Kaufkraft der breiten Massen noch eine starke Hemmung für den schmäleren und gründlicheren Aufstieg der Konsumgenossenschaften bilden.

Die Gesamtumsätze der berichtenden Konsumvereine sind zwar gegenüber 1914 im Jahre 1926 mit 811,4 Millionen um rund zwei Drittel höher als 1914. Trotz der erheblichen seitdem eingetretenen Preissteigerung ist der Pro-Kopf-Umsatz der Mitglieder aber nicht höher, sondern niedriger als damals und beträgt im Jahre 1926 nur 255,10 M. gegenüber 287,03 M. im Jahre 1914. Kehnlisch steht es mit den Geschäftsguthaben, die 1914 bei etwas mehr als der Hälfte Mitglieder 33,77 Millionen Mark betragen und die trotz zweieinhalbfacher Vergrößerung seit 1924 im Jahre 1926 erst auf 35,18 Millionen Mark angewachsen sind. Davon sind 12,49 Millionen durch Aufwertung entstanden, immerhin aber seit 22 Millionen seit 1924 neu aufgesteuert. So stark hat die Inflationszerstörung immerhin die Entwicklung der Geschäftsguthaben behindert. Sehr deutlich kommt das in der Ziffer zum Ausdruck, die die Geschäftsguthaben auf das einzelne Mitglied berechnet. Während im Jahre 1914 auf das einzelne Mitglied 19,06 M. Geschäftsguthaben entfielen, beträgt es pro Kopf im Jahre 1926 erst 10,97 M. Während die Geschäftsguthaben im Jahre 1914 noch 6,55 Proz. des Jahresumsatzes ausmachten, betragen sie im Jahre 1926, trotz der schönen Steigerung seit 1924 um mehr als 50 Proz., nur 4,34 Proz. des Gesamtumsatzes. Ein ganz besonderes erfreuliches Zeichen ist es aber, daß die Spareinlagen, in denen die Mitglieder den Konsumvereinen verlassene Kapitalreserven zusammenbringen, in sehr viel schnellerem Tempo angewachsen sind. Die Spareinlagen pro Kopf haben mit 53,06 M. im Jahre 1926 gegen 46,72 M. im Jahre 1914 die Vorkriegserparnisse fast wieder erreicht. Im Verhältnis zum Umsatz aber ist die Vorkriegsziffer sogar übertraffen: während die Spareinlagen 1914 16,28 Proz. des Umsatzes ausmachten, machen sie 1926 mit insgesamt 138,06 Millionen bereits 17,01 Proz. aus.

Die erfolgreiche Durchführung des Einkaufs und der Eigenproduktion haben von diesem raschen Anwachsen der Spareinlagen erfreulicherweise sehr profitieren können. Bei der Großkaufgesellschaft (GEG) stiegen die neuen Bankeinlagen der Konsumvereine von 12,75 Millionen am 1. Januar 1926 auf 34,74 Millionen am 31. Dezember 1926, also auf fast das Dreifache. Die Kontokorrentguthaben der Vereine wuchsen in derselben Zeit von 3,24 auf 6,19 Millionen, also auf fast das Doppelte. Nahezu ein Drittel sämtlicher Spareinlagen der Konsumgenossenschaften stand der GEG für ihre laufenden Geschäfte zur Verfügung oder wurde von ihr bei anderen Stellen weiter angelegt. Natürlich konnte der Zutritt dieser Mittel die Tätigkeit der GEG sowohl für ihr laufendes Einkaufsgeschäft als auch ihre Eigenproduktion stark befördern. Der Umsatz der GEG konnte sich, sicher zum erheblichen Teil infolge des Zutretens solcher Mittel, im Ver-

hältnis zum Gesamtumsatz aller Konsumgenossenschaften 1924 bis 1926 von 30,70 auf 36,25 Proz. steigern. Damit ist auch das Verhältnis von 1914 weit übertroffen, wo der GEG-Umsatz erst 31,95 Proz. des Gesamtumsatzes erzielte. Der Umsatz der Produktionsbetriebe der GEG ist gegenüber 1914 im Verhältnis zum Gesamtumsatz aller Vereine von 2,12 auf 5,63 Proz., im Verhältnis zum GEG-Umsatz von 6,61 auf 15,53 Proz. gestiegen.

Besonders die letzten Ziffern über die Spareinlagen zeigen, wie stark die Arbeitsschicht in der Lage ist, die Versorgung der eigenen Haushaltungen durch billigen Einkauf und eigene Produktion selbst zu finanzieren. In dieser Selbstfinanzierung liegt eine der wichtigsten Grundlagen für die große Stärke und für die Entwicklungsfähigkeit der deutschen Konsumgenossenschaften. Je mehr eigenes Kapital vorhanden ist, um so billiger kann die Leistung, um so größer die Werbetätigkeit der Konsumvereine sein.

„Der Landwirtschaft geht es schlecht!“

Behauptungen und Tatsachen.

Das frampfhoite Bemühen der landwirtschaftlichen Interessenvertreter, den unverkennbar zu Tage tretenden Fortschritt der Wirtschaftslage in der Landwirtschaft zu bestreiten, zwingt dazu, Zahlen sprechen zu lassen.

Wir beginnen mit der Darstellung des Verhältnisses zwischen Index für Industriestoffe und Agrarerzeugnisse am 9. März 1926 und 1927: Er stand am 9. März 1926 für Industriestoffe auf 128,3, für Agrarerzeugnisse auf 111,9. Dagegen am 9. März 1927 für Industriestoffe auf 130,6, für Agrarerzeugnisse auf 136,9. Der Index für Agrarerzeugnisse, der am 9. März 1926 um fast 17 Punkte unter dem für Industriestoffe lag, liegt gegenwärtig um 6 Punkte über dem Industriestoffindex.

Dann zu den Getreidepreisen: Am 9. März 1926 kostete Roggen 148 M. per Tonne, Weizen 248 M. per Tonne. Am 9. März 1927 dagegen Roggen 248 M. per Tonne, Weizen 269 M. per Tonne. Der Roggen lag also am 9. März 1927 um 100 M. per Tonne und der Weizen um 21 M. per Tonne höher als um dieselbe Zeit des Vorjahres.

Das Bild über die Kartoffelpreise sieht so aus: Am 9. März 1926 erzielten rote Kartoffeln 1,45 M., weiße Kartoffeln 1,25 M. per Zentner. Am 9. März 1927 dagegen rote Kartoffeln 4,10 M., weiße Kartoffeln 3,40 M. per Zentner. Die Preiserhöhung für rote Kartoffeln beträgt also gegenüber 9. März nicht weniger als 2,65 M. und für weiße Kartoffeln 2,15 M. per Zentner.

Ueber die Geschäftsaufsichten und Konturfe in der Landwirtschaft ist zu berichten: im Januar 1926 30 Konturfe, 40 Geschäftsaufsichten; im Januar 1927 9 Konturfe, 3 Geschäftsaufsichten. Die Zahl der Konturfe hat danach gegenüber 1926 um 21, die der Geschäftsaufsichten um 37 abgenommen.

Selbst die vielumstrittenen und wegen ihrer Einseitigkeit unzuverlässigen graphischen Darstellungen der Preu-

sischen Hauptlandwirtschaftskammer müssen folgen-

des feststellen: Im Februar 1926 betrug der Durchschnittsindex für die in der Darstellung genannten 9 Betriebsmittel 133, der

Sahrt **DUNLOP** Reifen

Wo ist der Scheuerkoder her?

Von Stefan Lipinski.

Bevor wir uns mit der Frage beschäftigen, wo er her ist, müssen wir es uns schon — des besseren Verständnisses wegen — gefallen lassen, zwei Erklärungen entgegenzunehmen, die aber beide sehr kurz und bündig sein sollen.

Also Scheuerkoder ist in Ostpreußen die Bezeichnung für Aufwischlappen.

Zu der zweiten Erklärung muß ich allerdings schon ein wenig weiter ausholen.

Da den deutsch-polnischen Sprachgebieten herrichte vor dem Kriege eine künstlich geschaffene gegenseitige Feindschaft, die sich unter anderem durch gegenseitige wirtschaftliche Boykottierung bemerkbar machte und in manchen kleinen Landstädten, wo einer den andern genau kennt, sehr scharf durchgeführt wurde. Die Leidtragenden waren besonders die Geschäftsleute und Handwerker in beiden Lagern, die aber, wollten sie nicht der allgemeinen Nichtachtung verfallen und als Ueberläufer und Verräter gelten, keine Miene verziehen durften. Wie viele von ihnen gingen dabei wirtschaftlich zugrunde oder mußten, wenn sie bestehen wollten, eine Gesinnung heucheln, die sie vielfach gar nicht besaßen.

Nachdem durch diese Erklärungen der Rahmen für unsere Erzählung in aller Eile gezimmert ist, wollen wir nun daran gehen, das Bild selbst zu zeichnen.

Bei Rastemski war Geburtstagsfeier.

Sie waren ein reichgewordenes Bäckermeisterspaar, das sich in dem Kreisstädtchen zur Ruhe gesetzt hatte.

Eben hatte man Abendbrot gegessen und Frau Rastemski war mit ihrer Vollenfreundin, der Kaufmannsgattin Zapiecet, deren Mann das Schnittwarengeschäft am Markt hatte, zu einem vertraulichen Plausch in der Küche verschwunden, als letztere auch schon wieder in das Wohnzimmer hereintrat, um mit einem Gesicht, aus dem man den ganzen Schmerz der Welt hätte herauslesen können.

Zwar die Männer merkten das gar nicht, denn sie saßen in einer Ecke des Zimmers in blaue Tabakwolken gehüllt und spielten Karten. Und wenn sie was gemerkt hätten, dann würde sich auch keiner was draus gemacht haben, denn sie kannten schon die „Zapiecettsche“ und wußten, daß die sich niemals glücklich fühlte, als wenn sie etwas gefunden hätte, wozu sie Anstoß nehmen konnte.

Ganz anders die Frauen, die Strümpfe strickend und Decken knetend an dem Sofa sitzend herum saßen und denen gerade der Gesprächsstoff ausgegangen war. Ihr in solchen Dingen unfehlbarer Instinkt sagt ihnen sofort, daß ein Skandal im Entstehen war, der Rastemski's betreffen würde und wie gierige Habichte schloßen ihre Blicke auf die Pani Zapiecet, die aber gar nicht daran dachte, sich etwas wie eine scheue Taube zu benehmen und vor den Habichten zu fliehen. Da Pani Rastemski noch nicht da war, benutzte sie schnell die Gelegenheit und teilte der aufmerksam das Ohr hinhaltenden Nachbarin das Geheimnis, das fürchterliche, miß:

„Rastemski's kaufen beim Kaufmann Drescher.“

„Sowohl, beim Kaufmann Drescher. Eben habe ich einen Scheuerkoder in der Küche gesehen mit roten Streifen, den nur Kaufmann Drescher führt. Mein Mann hat solche mit blauen Streifen, und sonst hat hier in der ganzen Stadt kein Mensch solche Sachen zum Verkauf.“

„Aber das ist ja ganz unmöglich, so was haben sie doch früher nicht gemacht.“

„Gehen Sie in die Küche und sehen Sie sich das an. Ueber einen Eimer da hängt der Lappen und morgen früh können sie sich davon überzeugen, daß Kaufmann Drescher dieselben Lappen in seinem Schaufenster hat.“

Sie tuschelten, sie flüsterten, ihre Mienen wurden immer empört und entsetzter und als mit einem Male Pani Rastemski ins Zimmer trat, fuhr alles auseinander. Einige setzten sich halbzugerade hin und guckten die Decke an, als wenn dort die interessanteste Landschaft wäre, auf der aufsteh der Fliegen lauter Kühe spazieren gingen. Andere begann mit einem Eifer und einer Geschwindigkeit an ihrer Handarbeit herumzusticken, daß man gar nichts mehr von ihren Händen zu sehen bekam, sondern nur noch ein blitzschnell sich um sich selbst bewegendes Knäuel von Fingern, Ballen und glühenden Nadeln. Das sonderbarste aber war, daß die Damen unter allen möglichen Vorwänden, einzeln oder zu zweien verschwanden und dann jedesmal noch um einige Grad feister und zurückhaltender wieder kamen, denn sie alle mußten leider die traurige Tatsache feststellen, daß wirklich und wahrhaftig in der Küche ein rotgestreifter Scheuerkoder lag. Er war etwas nah und lag deswegen ausgebreitet auf einem Eimer so, als ob er da hingehörte. Es war ein Skandal und die Pani Kowolwka, die besonders hart befaßt war und als letzte wieder ins Zimmer trat, konnte ein halbblaues „Psst, wie abjektiv!“ nicht unterdrücken.

„Nun wars aber genug.“

„Josef“, trompetete Pani Rastemski, die mit wachsendem Erstaunen das sonderbare Benehmen ihrer Gäste beobachtet hatte und mit hochrotem Kopf, wie ein aufgepuschter Blafeldgala dahinfuhr.

„Josef, das Kartenspielen hört jetzt auf, unsere Gäste wollen nach Hause.“

Diesen Ton konnte Pani Rastemski zu genau, um auch nur einen Moment zu zögern. Er wußte, das bedeutete nicht Sturm, sondern Defeat. Ohn: sich zu besinnen, warf er mitten im Spiel die Karten hin und eilte hinaus, um nach Stasia, dem fünfzehnjährigen Dienstmädchen zu rufen, damit sie den Gästen beim Anziehen helfen konnte.

Das war ein eigenartiger Aufbruch, den wir aber nicht weiter schildern wollen, sondern es dem Leser überlassen, sich ihn auszumalen. Es muß jedoch der Genauigkeit halber noch erwähnt werden, daß der Schnittwarenhändler Pan Zapiecet den zweitgrößten Kerger nach Hause trug. Den ganzen Abend war er während des Spiels vom Poch verfolgt und jetzt endlich hatte sich das Blattlein gewendet. Er wußte auch gleich, wem er den plötzlichen Abbruch zu verdanken hatte, denn er kannte doch seine Frau. Was mochte die nur wieder eingebracht haben. Na war's freundschaftlich, sah uns erst nach Hause kommen.

Nun folgten unangenehme Tage und Wochen für Pan Rastemski und Frau. Immer weniger Bekannte grüßten und sprachen mit ihnen. Immer mehr wurden sie isoliert, ohne daß sie erfahren konnten, warum dieses geschah. Bis endlich Pan Zapiecet ein menschliches Erbarmen für seinen Freund fühlte und ihn auf die Spur brachte.

„Wo war der Scheuerkoder her?“

Eine eingehende Untersuchung, die nun sofort durchgeführt wurde, ergab, daß tatsächlich Stasia den Scheuerkoder vom Kauf-

mann Drescher geholt hatte, weil sie zu faul gewesen war, den etwas weiteren Weg bis zum Kaufmann Zapiecet zu laufen, und sich so einfach gedacht hatte, „Scheuerkoder“ ist „Scheuerkoder“.

Versteht sich, daß es nicht so einfach war, die Schuldigen zu diesem Geständnis zu bringen. Nein, sie stritt auf Tod und Leben, bis man Pan Zapiecet herbeiholte, der ihr ins Gesicht sagte, daß er gar keine rotgestreiften zu verkaufen habe. Umter der Last dieser Beweise und nachdem ihr die große Sünde des Lügens eindringlich vorgehalten wurde, brach Stasia dann doch heulend zusammen und bekannte ihre Untat.

Nun wurde ein Ehrengericht einberufen, welches, wie Pan Rastemski schon erfahren hatte, ihn zwar wieder für einen Ehrenmann erklären, aber ihm doch immerhin einen Tadel aussprechen sollte, schon mit Rücksicht darauf, daß die Deutschen in dem Städtchen triumphierten und in dem alle zwei Tage erscheinenden „Generol-



„Beredsamkeit scheint seine starke Seite nicht zu sein.“
„O doch! Beredter als er konnte man wohl kaum über das Wichtigste schweigen!“

anzeiger“ ein entsprechender Leitartikel erschienen war, mit der fetten Ueberschrift: „Der Zusammenbruch der Polen.“

„Mein Gott, man war doch in einer Kleinstadt und konnte, besonders wenn man in solch wichtiger Sache interessiert war, sich mit Leichtigkeit über die Meinung des einzelnen informieren.“

Der zu erwartende Tadel wurnte Pan Rastemski. Nun kam ihm aber einer zu Hilfe, der hier in dieser Geschichte überhaupt noch nicht erwähnt ist, Gott Amor.

„Natürlich“, rief da der erörrtete Leser höhnisch dazwischen, „Liebe und Schmaß, Gott erhalt's.“

So sehr ich diese Erbitterung verstehen kann, muß ich aber doch schließlich, wenn ich bei der Wahrheit bleiben will, alles so erzählen, wie es sich zugetragen hat.

Also der Verkäufer des Herrn Drescher und Rastemski's einzige Tochter liebten sich. Wehe, wenn das jemand außer ihnen gemerkt hätte, denn er war doch Deutscher und sie Polin. Nun mußten sie beide natürlich genau so von dem Kummer ihres Papis, wie es die ganze Stadt wußte. Der Verkäufer mußte aber noch etwas mehr.

Er mußte nämlich, daß sein Chef den Posten rotgestreifter Scheuerkoder außerordentlich billig von einer polnischen Engrosfirma aus Danzig gekauft hatte.

Dort war der Scheuerkoder her.

Mit Hilfe dieses Geheimnisses hoffte der Jüngling die Eltern keiner Braut, welche mit diesem Plan durchaus einverstanden war, für sich zu gewinnen.

In der Ehrenratsitzung wurde Pan Rastemski, als er nachwies, wo der Scheuerkoder in Wirklichkeit her war, glänzend freigesprochen. Der polnische Teil der Stadtbewönerung triumphierte, Kaufmann Drescher dagegen wurde von seinen Stammesgenossen boykottiert und im „Generalanzeiger“ erschien unter der Ueberschrift „Niedergang der deutschen Sitten“ ein langer Artikel. Bei Rastemski's wurde Verlobung gefeiert, denn der Kaufmann Drescher hatte seinen „jungen Mann“ hinausgeschmissen, der jetzt als Märtyrer für die polnische Sache mit offenen Armen aufgenommen wurde.

Aber nicht lange dauerte die Freude, denn der Drescher war ein Fuchs und hatte es herausgebracht, daß die Danziger polnische Firma die Scheuerkoder aus Lodz von einem deutschen Fabrikanten bezogen hatte.

Dort war der Scheuerkoder her.

Darauf große Mut und Empörung bei den Polen und im „Generalanzeiger“ erschien diesmal ein Artikel mit der Ueberschrift: „Polnische Gewissenlosigkeit.“

Jetzt fuhr Pan Rastemski nach Lodz, um Erkundigungen einzuziehen und kam mit der Feststellung zurück, daß in der betreffenden Fabrik in der Mehrzahl polnische Arbeiter beschäftigt wurden.

Da aber die Deutschen wie die Polen diesem Resultat ungefähr mit derselben Fassung wie das „Kind vor dem Dreß“ gegenüberstanden und, kurz gesagt, nichts damit anzufangen wußten, beschloßen beide Parteien (das heißt jede für sich natürlich), zum Ausgangspunkt zurückzukehren.

Nach wie vor kauften sie ihre Scheuerkoder und andere Dinge der Deutschen beim Deutschen und der Pole beim Polen und hielten sich für die Zukunft vor weiteren Nachforschungen.

Nächtlicher Besuch.

(Ein Erlebnis aus den Kapp-Tagen.)
Von Polizeioberst a. D. Hans E. Lange.

In der Nacht vom 15. zum 16. März 1920 war ich in Bismar. Gegen 12 Uhr kloppte es stark in meiner Wohnung. Meine Frau, die noch auf war, trat auf den Balkon und sah an der Haustür einen Mann stehen, der ihr zurief, er müsse unbedingt in die Wohnung, den Oberst Lange in einer äußerst wichtigen Sache sprechen. Seinen Namen wollte er nicht nennen. Nach kurzem Zögern ließ meine Frau den nächtlichen Besucher, der ihr völlig unbekannt war, herein, erklärte ihm, daß ich nicht da sei, er könne ja aber auch ihr mitteilen, warum es sich handele.

Der Fremde schien zu bezweifeln, ob ich wirklich abwesend war. In etwa einer Stunde würde ein Reichwehrrückkommando eintreffen, um mich festzunehmen. Sollte ich doch in der Wohnung sein, könnte er nur dringendst raten, mich auf der Stelle zu entfernen. Meine

Frau dankte dem edlen Manne, der, ungenannt, sich wieder empfahl.

Es schlug eins, und kurz darauf hörte man schwere Stiefel über das Straßenpflaster poltern. Halt vor meiner Tür. Dröhnende Schläge dagegen. Meine Frau öffnete. Ein Leutnant und mehrere Unteroffiziere, die richtigen Gesichter, drängten an ihr vorbei die Treppe hinauf in die Wohnung. Wo ich sei? Befehl von der Brigade mich zu verhaften. Nicht da? Dann müssen wir eine Durchsuchung vornehmen. Alles bewußt brutal vorgebracht und wesentlich unterschieden von dem, was meine Frau bisher im Umgang mit Offizieren gewohnt war. Die Wohnung wurde durchsucht. Die Schlafzimmer meiner erwachsenen Tochter peinlichst durchsucht.

Meine Frau, empört über die Art und Weise, warf dem Leutnant ins Gesicht: Vor einem Jahr erst habe sie in Saarbrücken, wo man gerade mit den deutschen Offiziersfamilien nicht allzu sanft umgegangen wäre, mehrere Hausdurchsuchungen durch französische Offiziere über sich ergehen lassen müssen. So brutal wie jetzt, sei es dabei nie hergegangen. Die Antwort des Herrn Leutnants verdient wörtlich aufgezeichnet zu werden: „Seien Sie froh, wenn Ihnen nicht noch ganz etwas anderes passiert.“ Man hatte also den richtigen Mann ausgesucht. Hoffentlich zielt er nicht heute noch die Reichswehr.

Aber die Liebesmüh war umsonst. Ich war wirklich nicht da, und die Helten mußten ihre Gewehrläufe kalt wieder in die Kaserne zurückbringen.

Nach drei Wochen das Nachspiel. Kapp war lange schon in Schweden, Rüttwig entwarf Pensionsgesuche und Ehrhardt umgierig die Prinzessin Hohenzollern, da erhielt ich den Auftrag, ein Spionbureau auszunehmen, das einer von Leitwoms Helfern, der Generalstabshauptmann v. Specht in Schwernin, eingerichtet hatte. Der Leiter dieses Bureaus war ein Kapitänleutnant a. D. Liedtke. Der Schlag gelang. Herr Liedtke war das natürlich sehr unangenehm, und am Nachmittag fand er sich in meiner Wohnung ein und barmte um gut Wetter. Ob es denn gar nicht ginge, daß die Sache nicht an die große Glocke käme. Ich bedauerte, das hing nicht von mir ab. Er ließ aber nicht locker; schließlich habe er mir doch einmal einen ganz außerordentlich großen Dienst erwiesen.

„Nanu, Sie mir? Ich kenne Sie doch gar nicht.“ „Das wohl“, meinte der Herr Kapitän, „aber wenn Sie Ihre Frau Gemahlin hereinrufen, Sie wird mich erkennen.“ Ich rief, und siehe da, es stellte sich heraus, Herr Liedtke war jener nächtliche Besucher und edle Warner.

Mein Erstaunen war groß, und ich erlaubte mir die Frage, was ihn, der im Dienste des Generals v. Lettow stand, eigentlich zu solch Edelmut veranlaßt habe.

In Gegenwart meiner Frau erfolgte wortwörtlich diese Antwort: „Die Brigade hatte so Ungeheuerliches mit Ihnen vor. Das wollte ich verhindern.“

In der Tat hatte es sich aber gar nicht um Edelmut gehandelt, sondern um ein ganz abgefeimtes Subventiv. Nicht warnen wollte mich der edle Ritter, sondern aus der Wohnung herauslocken. Ich hatte längst schon festgestellt können, daß zu jener nächtlichen Stunde, als Herr Liedtke sich bei meiner Frau einfindet, das Straßennordteil rings um meine Wohnung herum von Reichswehrposten besetzt war. Wäre ich also zu Hause gewesen und der Warnung gefolgt, würde ich unter allen Umständen den bereitgestellten Häusern in die Arme gelaufen sein. Was auch der Zweck der Werbung sein sollte. Man hätte später sagen können: Schon festgenommen, als er im Begriff war, zu fliehen... Wie erklärlich also der Fluchtversuch, als dann die Gewehre trachten... So sehr herzlich verabschiedete ich Herrn Liedtke bei seinem zweiten Besuche nicht.

In einer Beleidigungsklage, die nach Jahr und Tag der General v. Lettow in Halle gegen den SPD-Redakteur Rasparek angestrengt hatte, konnte ich als Zeuge mit Genehmigung meiner vorgelegten Behörde folgendes Schriftstück vorlegen:

Reichswehrbrigadeformando 9
Abtlg. Ia/III Nr. 980
Schwernin, 15. März 1920.
Hafibefehl.

Auf Grund des Erlasses usw. wird gegen den Rittmeister R. Görries (vom der Sicherheitspolizei) die Haft angeordnet, weil sie in Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches erforderlich ist.

Gegen diesen Hafibefehl steht dem Verhafteten das Rechtsmittel der Beschwerde beim Reichsmilitärgericht zu.

Gründe: Verhehlung, außerdem, weil er dringend verdächtig, an feindlichen Handlungen gegen die Reichswehr teilgenommen zu haben.

Der Militärbefehlshaber:
gez.: Lettow, Generalmajor.

Sturmschule Koffbach.

„Wurde in dem Augenblick verhaftet, als er gerade seine Wohnung verlassen wollte. Fluchtversuch auf Anruf, halt, Hände hoch. Verhaftender Offizier hatte Verjager in seiner Pistole.“

Also davon hing es ab, ob man noch in die Lage kam, gegen die Verhaftung das Rechtsmittel der Beschwerde einzulegen, daß die Patrone in der Pistole verlagte, vielleicht auch der verhaftende Offizier ausnahmsweise mal eine gutmütige Regung hatte. Immerhin: dann mußte er sich mit einem Verjager redierfieren.

Auch der Nachfolger des Generals v. Lettow oder vielmehr dessen neuernannter Generalstabsoffizier v. C. konnte sich von dem bewährten Kapitänleutnant Liedtke so schnell nicht trennen. Erst als ich persönlich beim Reichswehrminister Gehler vorstellig wurde, verschwand Liedtke aus Schwernin. Aber wo mag er jetzt seinen „Laden“ wieder aufgeschlagen haben?

Die Edgar Allan Poe den Atlantischen Ozean überfliegen ließ. Binedos Flug über den Atlantischen Ozean gibt dem „Petit Journal“ Veranlassung, an einen „Ozeanflug“ vom Jahre 1838 zu erinnern. Damals lagen die Dinge so, daß Amerika eines schönen Tages der letzten Ueberzeugung war, der Atlantische Ozean sei soeben überflogen worden. Es war nur ein Traum, aber ein Traum, der dem genialen Kopfe eines außerordentlichen Mannes entsprungen und so geschickt „aufgemacht“ war, daß alle ihn für lauter Wahrheit hielten. In der „New York Sun“ war plötzlich mit sensationeller Ueberschrift die Nachricht erschienen, daß ein Luftballon, „Victoria“ geheiß, in England aufgestiegen sei und nach fünfundsiebzigstündiger Luftfahrt die Sullivansinsel erreicht habe. Ein Berichterstatter des Blattes, der sich zufällig auf der Insel befunden haben sollte, gab über den Ballon, über die Passagiere und über die Fahrt und die Landung so genaue, so wahrheitsähnliche Einzelheiten, daß niemand an der Wahrheit der Schilderung zweifelte. Die Meldung erfüllte die gesamten Vereinigten Staaten mit hoher Begeisterung, aber schon am nächsten Morgen war der Begeisterungsrausch vorüber, denn die Wahrheit war über Nacht an den Tag gekommen: auf der Sullivansinsel war auch nicht die Spur eines Ballons zu finden; die ganze Geschichte war eine Kapitulation, eine jette Ente mit mächtigen Flügeln, und alle Welt lachte darüber. Der Autor des Scherzes war Edgar Allan Poe, der große amerikanische Dichter, der kurz vorher in die Redaktion der „New York Sun“ eingetreten war und dort mit einem Meisterstück debütieren wollte. Aber Schriftsteller, die Phantasiegeschichten schreiben, sind schon mehr als einmal Propheeten gewesen — man denke nur an Jules Verne — und Poe hat damals nur vorausgesehen, was heute die ganze Welt sieht und glauben darf, ohne eine Enttäuschung befürchten zu müssen.

